Nummer 168 // Mai / Juni 2015



Das Sportmagazin aus der Roten Flora

Mögen die Spiele beginnen!

Autonomes Anti-Olympia-Komitee

fight the flames with fire ...

Vorwort

Moin moin ihr Lieben,
alles neu macht der Mai und da sind wir mit unser neuen Ausgabe natürlich dabei. Inhaltlich sind wir breit aufgestellt, es gibt erste Texte und Aktionen zur Olympia Bewerbung, drei Texte die sich mit der EZB Eröffnung in Frankfurt beschäftigen, Infos zum Stand des Kollektiven Zentrums (KoZe) im Münzviertel, G7 Update sowie viel Lokales und einige Dokus von den nächtlichen Ausflügen umtriebsamer Genoss_innen.

Ganz herzliche Grüße gehen raus an die 500 Menschen der queerfeministischen „Take Back The Night Demo“ vom 30.05. und die vielen Tausend die mit uns am 1 Mai für eine Stadt, in der alle die gleichen Rechte haben, und gegen die Abschottungspolitik der EU, die geplante Verschärfung des Asylrechts und die anhaltenden rassistischen Polizeikontrollen demonstriert haben.

Die Hamburger Grünen haben sich erwartungsgemäß für ein paar Fahrradwege und Senatorenposten verscherbelt und sabbeln von einer politischen Lösung die sie für „Hamburg Lampedusa“ erreicht hätten. Parteipolitische Machtscheiße wie sie im Buche steht, es ist zum Kotzen!

Aber jetzt zu einem anderen Thema:
Aus der Flora ein fettes Danke für das grandiose Osterbauwochenende!
Zahlreiche helfende Hände haben auf der Baustelle so
einiges gerockt und uns ein gutes Stück weiter in Richtung Sommerbaustelle gebracht. Dazu gab es Solikon
zerte von Neonschwarz und Bananentertz. Auch der Aktionstag der St. Pauli Fanszene war ein toller Erfolg! Mehrere Choreos auf der Süd und Gegengerade, viele Leute die Spenden und Pfandbecher gesammelt haben. In den Fankneipen wurden Filme gezeigt und mit Soligetränken gefeiert.
Trotz dieser Solidarität aus der Fanszene, haben wir leider unser Spendenziel von 100.000€ noch nicht erreicht und sind weiterhin auf eure Unterstützung angewiesen. Helft uns weiterhin Spenden zu sammeln und bewerbt die Sommerbaustelle bei euch im Freundeskreis! Macht die Sommerbaustelle möglich, gemeinsam schaffen wir das!

Ansonsten: Schickt uns Texte und Kohle (Einsendeschluss: 20 Juni), verteilt die Zeck in euren Zentren und Freundeskreisen, bleibt unverträglich und ab in den Sommer!

Gut gelaunt und kämpferisch:
die Zeck Redaktion

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote   ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im   örderabo für   0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

KURZES

Halbzeit – Sommerbaustelle

Über vier Monate sind wir jetzt schon dabei die Sommerbaustelle vorzubereiten, Zeit für einen kurzen Rückblick auf das, was schon passiert ist und das, was noch kommt.
Mit der Kampagne Sommerbaustelle hatten wir zwei klar formulierte Ziele: Erstens, die Sommerbaustelle im Viertel zum Thema zu machen und zweitens, unser Spendenziel zu erreichen und die Baustelle so, möglich zu machen.
Erst genanntes können wir eindeutig als erfüllt ansehen. Es gibt viel Solidarität aus dem Viertel, mehrere Solishirts, Kunstdrucke, Feuerzeuge und viel viel mehr. Auch die zahlreichen Spendendosen auf den Tresen helfen die Baustelle weiter bekannt zu machen.
Leider ist unser Spendenziel trotz Aktionstag am Millerntor, Kiezhelden und vielen tollen Veranstaltungen in- und außerhalb der Flora noch nicht erreicht! Wir brauchen dringend weiter Eure Unterstützung! Auf der Baustelle geht es gut voran. Aber auch hier können wir Unterstützung gebrauchen.
Wer denkt, dass wir auf der Baustelle nur bauen, der irrt. Im Zuge der Baumaßnahmen haben wir uns auch mit dem geschichtlichen Hintergrund des Floragebäudes beschäftigt. Im Mai wird es dazu eine Fotoausstellung geben, die mehr zeigen soll als die besetzte Rote Flora oder 1000 Töpfe.
Am 07.Mai wollen wir eine zweite Vollversammlung zur Sommerbaustelle einberufen. Wir wollen nicht nur über den aktuellen Stand berichten, sondern auch nochmal die Möglichkeit bieten Euch aktiv einzubringen, denn sowohl für die Logistik als auch in den Bauwochen selbst, ist sehr viel zu tun.
Feierliche Eröffnung des neuen Vokü-Eingangs ist am 14.06. um 5 Uhr.
Ihr seid herzlich eingeladen.

##################################

01.05. Mehr als 7000 Menschen setzen ein starkes Zeichen für die Rechte von Geflüchteten

Das Bündnis "Recht auf Stadt – never mind the papers" demonstrierte heute mit mehr als 7000 Menschen für eine Stadt, in der alle die gleichen Rechte haben. Der Protest richtete sich zudem gegen die Abschottungspolitik der EU, die geplante Verschärfung des Asylrechts und die anhaltenden rassistischen Polizeikontrollen.
Die bunte und laute Großdemonstration durch St. Pauli endete am Bismarck-Denkmal. Nach einem Moment des Gedenkens an die Opfer wurde auf der Demonstration und an vielen weiteren Orten in Hamburg mittels ohrenbetäubendem Lärm gemeinsam gegen das Sterbenlassen an den Außengrenzen protestiert.
Nadja Sanchez erläutert: „Unsere Forderungen haben wir im Januar mit über 8000 Menschen auf die Straße getragen: Gleiche soziale Rechte für alle – würdiges Wohnen, medizinische Versorgung, Arbeitserlaubnisse und ein bedingungsloses Bleiberecht. Dafür haben wir auch heute wieder ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt. Migration und Flucht bewegt die Menschen in ganz Europa, während die Politik ignorant und tatenlos bleibt."

„Wir prangern die Doppelmoral des Hamburger Senats an. Einerseits zeigen sich die Politiker*innen aufgrund der Toten im Mittelmeer medienwirksam betroffen, andererseits verweigern sie den Geflüchteten, die es trotz aller widrigen Umstände hierher geschafft haben, ein menschenwürdiges Leben.", erklärt Bündnissprecher Ali Müller.
Martina Vega führt aus: „Wir sind wütend! Dem Koalitionsvertrag lassen sich keinerlei Verbesserungen für die Geflüchteten in unserer Stadt entnehmen. Im Gegenteil. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sollen nun doch eingesperrt werden, Lampedusa in Hamburg wird nicht erwähnt und der Absatz zur dezentralen Unterbringung liest sich wohlwollend betrachtet wie eine vage Absicht, ist aber ganz sicher kein politischer Plan!"

„Während in Hamburg bislang noch nicht mal der bestehende gesetzliche Rahmen zugunsten der Geflüchteten ausgeschöpft wird, plant die Bundesregierung, die Gesetze weiter drastisch zu verschärfen. Neben anderen rassistischen Entrechtungen sollen Menschen ohne Verbrechen und richterlichen Beschluss in Haft genommen werden können. Wir werden das nicht akzeptieren.", kündigt Bündnissprecher Niklas Bunt an und ergänzt: „Die geplante Verschärfung des Asylrechts und die anhaltenden rassistischen Kontrollen sind nur zwei Beispiele für den strukturellen Rassismus in der BRD. Diese Diskriminierungen von Geflüchteten müssen ein Ende haben."
„Wir haben den Endpunkt der Demonstration bewusst gewählt," erklärt Ali Müller. „Dafür, dass das Bismarck-Denkmal, eines der größten Sinnbilder für den Hamburger Wirtschaftskolonialismus und deutschem Weltmachtdenkens, jetzt auch noch für mehrere Millionen restauriert werden soll, fehlt uns jedes Verständnis. Es braucht dringend eine gründliche Aufarbeitung und offene gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Hamburger Kolonialzeit."

##################################

Neonaziaktivitäten in Hamburg Nord-Ost

Nachdem wir bereits im Dezember über Aktivitäten der Neonazis in Hamburg Nord-Ost berichteten, halten wir es für notwendig über die Entwicklung der letzten Wochen und Monate zu informieren.
Eine (unvollständige) Auflistung der rechten Aktivitäten in Hamburg Nord-Ost:
• Am Rande der Diskussionsveranstaltung über eine geplante Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Berne (24.02) provozierten vier junge Neonazis und mussten unter Polizeischutz weggebracht werden.
Zuvor wurde von rechter Seite dorthin mobilisiert.
• Die NPD organisierte am 28.03. einen Infostand am Bahnhof Farmsen und verteilte Flyer an Passant_innen. Anwesend waren hier unter anderem André Pfitzner und andere junge Neonazis aus dem Stadtteil, die den Stand zusammen mit dem NPD-Kader Lennart Schwarzbach betreuten.
• Die Gedenktafel des Vereins „Denk-Mal", die an die Opfer der Wehrmachtsjustiz erinnert, wurde am 04./05.04 von Nazis zerstört.
• Bei der Abschlusskundgebung der „Demo gegen Faschismus" am 20.04. in Bramfeld zeigten sich sieben Neonazis aus Farmsen auf dem Dach eines Kaufhauses und fotografierten Demonstrationsteilnehmer_innen. Auch vor dem Kaufhaus hielten sich zwei Nazis auf und beobachteten die Veranstaltung.
• Bei Stadtteilspaziergängen in Farmsen und Berne berichteten Anwohner_innen, dass die Neonaziszene in letzter Zeit präsenter werden würde, etwa durch Aufkleber oder Sprühereien. Das stimmt mit unseren Beobachtungen überein, da wir in den letzten Wochen mehrere hundert Nazi-Aufkleber entfernt haben und mehrere gesprühte „NSU"-Schriftzüge und Hakenkreuze übermalen mussten.

Für uns ist klar, dass diese Aktivitäten nicht unbeantwortet bleiben können. Deshalb haben wir in letzter Zeit mehrere große und kleinere Stadtteilspaziergänge organisiert haben, um das Viertel sauber zu halten. Außer uns waren auch weitere Anwohner_innen unterwegs, haben Nazipropaganda entfernt, antifaschistische Inhalte ins Straßenbild gebracht und über Naziaktivitäten informiert.
Auch zu der Informationsveranstaltung in Berne haben wir mobilisiert, da mit einem

Auftauchen der Neonazis bereits im Voraus zu rechnen war. Darüber hinaus wurde das Kriegerdenkmal in Bramfeld, an dem sich die lokale Naziszene in den letzten Jahren immer wieder zu Hitlers Geburtstag getroffen hat, pünktlich zum 20.04. von uns verschönert.
Wir werden auch in den kommenden Monaten über die Naziaktivitäten in Hamburg Nord-Ost berichten und uns in dieser Region antifaschistisch engagieren.
Den Widerstand in den Vierteln organisieren!

Antifa 309

##################################

Neonazi-Outing: Anika Bolle

Anika Bolle, geb.19.06.1988, wohnhaft in Hamburg Wilhelmsburg, ist seit Jahren in der Neonaziszene unterwegs. Seit 1999 spielte sie Fußball beim ESV Einigkeit in Wilhelmsburg und ist dort seit Juli 2014 in der Funktion "Motivation und Erstversorgung" als Betreuerin eingesetzt. Bereits 2005 besuchte Anika Bolle beispielsweise eine NPD-Kundgebung in Hamburg-Harburg.
Zu ihrem Freundeskreis zählt sie nicht nur den aktiven NPD-Kader Jan-Steffen Holthusen oder das ehemalige "Weisse Wölfe Terrorcrew" Mitglied Denny Reitzenstein. Ebenfalls pflegt sie Kontakt zu Oliver Adam aus Rotenburg oder weiteren bekannten Hamburger Neonazis, wie Mario Zitzlaff, Michael Keilhaus, Andreas Haye und Simon Bartels, um nur einige namentlich zu nennen. Eine ihrer besten Freundinnen ist Sarah Eitel, die ebenfalls Teil der extremen Rechten in Hamburg ist.
Da überrascht es nicht, dass Bolle gerne Rechtsrock hört, wie beispielsweise die Hamburger Neonazi-Band "Abtrimo". Im Juni 2014 besuchte sie mit Adam Latzko, Jan-Steffen Holthusen, Sarah Eitel und Denis Ackermann ein Neonazikonzert von "Honour and Pride" in Nienhagen.
Mit ihrem Lebensgefährten und ebenfalls Neonazi Denis Ackermann lebt sie mit ihren zwei Kindern in Hamburg Wilhelmsburg. Ackermann bekennt sich durch seine neonazistischen Tattoos wie das Logo der Band "Skrewdriver" und einer "88" in Form von zwei Billiardkugeln etwas offener zu seiner Ideologie. Bolles Oberkörper zieren etwas versteckter mehrere Triskelen.
Frauen aus der Neonaziszene werden oftmals unterschätzt und beispielsweise als "nette Frau von nebenan" verkannt und degradiert. Dabei sind Frauen aus der extremen Rechten oft genauso treibende Kraft hinter der neonazistischen Ideologie. Bolle tritt zwar nicht als Rednerin oder politische Aktivistin in der Öffentlichkeit auf, hat aber genauso ein gefestigtes, rassistisches Weltbild wie ihre NeonazifreundInnen. Ihre politische Ideologie kann nicht losgelöst gesehen werden von ihrem Lebensalltag, in dem sie Kinder erzieht, Fußball spielt, als Betreuerin tätig ist oder im sozialen Bereich arbeitet.

##################################

Luftschlossfabrik bleibt. Ein Aufruf.

In Flensburg wurde vor fast 2 Jahren ein Gelände mit mehreren Gebäuden direkt am Hafen besetzt, dort entstanden mehrere kulturelle und soziale Projekte: die Luftschlossfabrik. Das Gelände lag davor lange Zeit brach: die Stadt Flensburg hatte sich von einem 'Investor' verarschen lassen. Dieser war nicht mehr auffindbar und das Gelände dennoch verpachtet. War wohl nix mit den versprochenen Arbeitsplätzen und der Aufwertung des 'Wirtschaftsstandortes'. Diese günstige Lage verschaffte den Besetzer_innen eine lange Zeit relative Ruhe von der Stadt und ermöglichte so einen Freiraum für gesellschaftliches experimentieren und kulturelles Schaffen.
Nun ist nach einem Rechtsstreit das Gelände zurück an die Stadt gefallen – und diese möchte nun das Gelände 'wirtschaftlich' nutzen. Bis sich die Stadt dann wieder von einem neuen, sicherlich äußerst vielversprechenden, Investor über den Tisch ziehen lassen wird, soll für das Gelände eine Zwischennutzung gefunden werden. Der SSW schlug zum Beispiel schon einen schönen Grillplatz vor... den jetzigen Nutzer_innen wurde angeboten an dieser 'Zwischennutzung' zu partizipieren, wenn sie vorher, das bereits genutzte Gelände, 'konfliktfrei' räumen würden.

Dieses doch wirklich großzügig 'Angebot' ist angesichts der breiten Nutzung des Geländes als bodenlose Frechheit! Auch wenn wir uns nicht in allen Projekten und Positionen der Luftschlossfabrik wieder finden können, lässt sich doch nicht abstreiten, dass auf diesem Gelände eine vielfältige, spannende und lebendige Subkultur mit verschiedensten Schwerpunkten entstanden ist. Wir jedenfalls freuen uns über Konzerte auf Spendenbasis, Umsonstladen, Gärten, ein Dach mit Meerblick zum chillen und eben nicht nur wir, sondern auch größere Kreise quer durch alle Schichten und Subkulturen.
Auch wenn noch mit der Stadt verhandelt wird – für uns steht jetzt schon fest: 'There's no Discussion, like no discussion!' Wir glauben nicht an die hohlen Phrasen der Politiker_innen, der Konflikt der hier entsteht geht tiefer und ist nicht durch die Politik zu lösen. Hier stehen sich nämlich Selbstverwaltung und alternative Lebensentwürfe dem kapitalistischen Verwertungszwang gegenüber. Die Stadt kann gar nicht anders, als versuchen dieses Projekt dicht zu machen – und unsere einzige Chance der Verwertungslogik entgegen zu treten ist gesellschaftlicher Druck, der eine Räumung wirtschaftlich unattraktiver aussehen lässt als es schlicht einfach bleiben und das Projekt in genau dieser Form bestehen zu lassen.
Gerade der Konflikt zwischen Verwertungslogik und Selbstverwaltung, der hier verhandelt wird, eröffnet aus unserer Sicht spannende Möglichkeiten – er bietet uns die Gelegenheit antikapitalistische Standpunkte in breitere Teile der Gesellschaft zu tragen. Die Sinnlosigkeit kapitalistischer Stadtverwertungspolitik wird hier dermaßen offensichtlich, dass sich daran ein breiter Konflikt entzünden kann …. und wir stehen mit Brandbeschleuniger schon bereit!Konfliktfreie Räumung? Nicht mit uns!

##################################

Griechenland: Hungerstreik nach 48 Tagen beendet

Das Netzwerk der inhaftieren Kämpfer (DAK) hat das Ende ihres 48tägigen Hungerstreiks bekannt gegeben, nachdem eine Abstimmung im griechischen Parlament den Weg dafür gepflastert hat, dass ein wesentlicher Teil der Forderungen der GenossInnen erfüllt werden.
Diese beinhalten:
- Neudefinierung des legalen Rahmens bezüglich der C-Typ Gefängnisse,
- die Revision des „Kapuzen Gesetzes“ (das nur bei Räuben zum Einsatz kommen soll) – Richter können in solchen Fällen nach eigenem Ermessen handeln.
- Bei Fällen, in denen der DNA Beweis zum Tragen kommt: Die Einbeziehung von einem unabhängigen Experten von Beginn der DNA Abgabe an

Und die Entlassung des 17N Genossen Savvas Xiros in den Hausarrest, dem es extrem schlecht geht und laut Gesetz zu 98% als behindert angesehen wird. Dies wird auch auf alle Gefangenen angewendet, die als 80% oder mehr behindert angesehen werden.
„Diese 48 Tage des beharrlichen Kampfes auf einer taktischen ebene endete mit einem positiven Resultat, die die Gewinne für die, „die am Boden sind“, eingeholt hat. Es ist auch ein positives Resultat für den globalen Kampf gegen die Bosse und den neuen Totalitarismus, der uns einen Schritt näher hin zu einer klassenlosen Gesellschaft bringt. Unser Ziel ist es diesen Sieg und das neu gewonnene Territorium zu nutzen, um noch gefährlicher für die zu

werden, die an der Macht sind. Wir teilen diese lebensgebenden Flammen des Sieges mit all denjenigen, die diesen Kampf als einen gemeinsamen ansahen und an unserem Kampf teilgenommen haben."

###################################

Schreibt den Gefangenen.

Solidarität mit den Verhafteten durch die Operation Pinata in Spanien.

Schreibt den Gefangenen. Solidarität mit den Verhafteten durch die Operation Pinata in Spanien. (Adressen Unten) Weder unschuldig noch schuldig, sondern Anarchist*innen!

Am Morgen des 30. März startete, auf Anordnung des 6. Gerichts des spanischen Sondergerichtshofes Audiencia Nacional, die Bullenoperation Pinata in der 17 Räumlichkeiten durchsucht wurden. Darunter soziale Zentren in Madrid und Granada sowie Wohnungen in Barcelona, Madrid, Palencia und Granada. 39 Personen wurden dabei verhaftet, 24 wegen Wiederstand gegen die Staatsgewalt und Besetzung und 15 wegen Mitgliedschaft in oder Zusammenarbeit mit der GAC.

Die 24 wurden im Laufe der Nacht und des nächsten Tages wieder freigelassen. Die restlichen 15 wurden zum Sondergerichtshof in Madrid gebracht, mit dem Vorwurf Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation mit terroristischen Zielen zu sein. Nach der Anhörung und Verweigerung der Aussage unserer Gefährt*innen wurden 10 unter Auflagen freigelassen und fünf in Untersuchungshaft verfrachtet.

Kiki, Paul, Javier, Jorge und Javier sind die Namen der fünf Gefährt*innen, die nun im Knast eingesperrt sind und sich mit dem Vorwurf der Koordination und Ausübung von Sabotageakten, Beschädigung von 114 Bankautomaten und Verwüstung von Banken konfrontiert sehen. Weiterhin wird eine mutmaßliche Verbindung mit gelegten Sprengkörpern in den Kirchen la Basílica del Pilar in Zaragoza und Catedral de la Almudena in Madrid untersucht.

Diese Operation ist die Fortsetzung der Operation Pandora, in der am 14. Dezember letzten Jahres in 14 Wohnungen und soziale Zentren eingebrochen wurde und 11 Anarchist*innen in Barcelona, Sabadell, Manresa und Madrid festgenommen wurden. Sieben davon blieben 1,5 Monate in Untersuchungshaft und kamen schließlich unter Auflagen und gegen Kaution von 3.000 Euro pro Person frei.

Es ist unerlässlich daran zu erinnern, dass diese mutmaßlichen Attentate in Zaragoza und Madrid bereits zu 55 Verhaftungen und 30 Durchsuchungen in drei Bullenoperationen gegen die freiheitliche Bewegung geführt haben. In der vorherigen Operation Pandora waren die Vorwürfe genauso surreal wie lächerlich: Der Besitz von Campinggas-Kartuschen, Riseup-Konten, der Fakt das bestimmte Versammlungen abgehalten oder Bücher gelesen wurden. Einer der Beweise dieser Untersuchung sind technische Vorrichtungen um verschlüsselt im Internet zu surfen.

Und wir dürfen nicht vergessen, dass wegen den gleichen Vorwürfen Mónica und Francisco immer noch in Untersuchungshaft in FIES-3 sitzen und auf ihren Gerichtsprozess warten.

Die Medien übernehmen dabei die Aufgabe, die Gefahr für die Gesellschaft herauf zu beschwören und rechtfertigen die repressive Maschinerie und deren Gesetzte, welche uns den Maulkorb der Unterwerfung und des Gehorsams anlegen sollen. Wir sind der zu bekämpfende Feind, aber wir, die nicht fähig sind zu schweigen oder weg zu sehen, wir wissen das diese Operationen nur dazu da sind unsere Gefährt*innen zu entführen.

Heute fehlen uns wieder fünf Gefährt*innen mehr; fünf die nun hinter Mauern eingesperrt sind. Es ist an uns zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Um es klarzustellen, ihre Haft macht uns weniger frei. Aber heben wir unseren Kopf, schärfen unseren Blick und reichen uns die Hand, um eine unserer ältesten Waffe zu benutzen: Die Solidarität und gegenseitige Unterstützung.

Betroffen ist eine*r, gemeint sind wir alle!
Freiheit für alle anarchistischen Gefangen hier und überall!

Paul Jara Zevallos
C.P. MADRID V, APDO. CORREOS 200
COLMENAR VIEJO, MADRID C.P.: 28770

Jorge Linares Izquierdo
C.P. MADRID V, APDO. CORREOS 200
COLMENAR VIEJO, MADRID C.P.: 28770

Javier García Castro
C.P. MADRID V, APDO. CORREOS 200
COLMENAR VIEJO, MADRID C.P.: 28770

Enrique Balaguer Pérez
C.P. MADRID V, APDO. CORREOS 200
COLMENAR VIEJO, MADRID C.P.: 28770

###################################

Solidarität fängt beim Putzen an!

Unterstützt die ArbeiterInnen der besetzten Fabrik Vio.Me, Thessaloniki in ihrer Selbstorganisation

Im Mai 2011 meldeten die Eigentümer der Baustoff-Fabrik Vio.Me, Thessaloniki Konkurs an, verschwanden und entledigten sich jeglicher Verantwortung für die Belegschaft. Die Arbeiterinnen und Arbeiter entschieden bald darauf gemeinsam, in Selbstverwaltung weiter zu produzieren: Seitdem ist die Fabrik besetzt und untersteht der direkten demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnen. Seitdem kämpfen sie darum ihre selbstbestimmten und gleichberechtigten Arbeitsbedingungen auf recht zu erhalten, für ein Leben in Würde trotz der Krise. Im Februar 2013 begann das ArbeiterInnen Kollektiv Vio.Me mit der Produktion ökologischer Reinigungsmittel. Von Oliven- und Mandölseifen, über Waschpulver, Glasreiniger, bis hin zum Allzweckreiniger kann alles gekauft werden für den solidarischen Frühjahrsputz. Die Zukunft der ArbeiterInnenselbstverwaltung bei Vio.Me steht nach wie vor auf der Kippe.

Vio.Me Produkte bei: El Rojito (Große Brunnenstrasse 68) und im Schwarzmarkt (Kleiner Schäferkamp)
http://www.viome.org/p/deutsch.html

###################################

BUKO 37 Stop. Future unwritten. transnational solidarisch

Unterwerfen wir uns in unseren Träumen und Wünschen für eine gerechte Welt nicht länger der Diktatur der Alternativlosigkeit. Stop. Denn noch ist nichts entschieden: Die Zukunft ist ein unbeschriebenes Blatt. Setzen wir der neoliberalen These, da sei keine Alternative zur Ausbeutung der Menschen, zur Klimaerwärmung, zu immer wieder neuen Kriegen, libertäre Ideen von Emanzipation und Freiheit entgegen. Die Geschichte gehört uns und sie liegt in unserer Hand. International oder Transnational - solidarisch.

Eine zentrale Frage bleibt die nach der Verbindung dieser vielfältigen lokalen Kämpfe und partikularen Auseinandersetzungen: Wie entsteht aus und in ihnen das Gemeinsame, das den herrschenden neoliberalen Kapitalismus überwindet und echte Alternativen ermöglicht, jenseits von Staat und ausgehöhlter Demokratie? Dazu müssen wir nach den Möglichkeiten einer gemeinsamen Organisierung fragen. Und wofür eigentlich gehen wir auf die Plätze? Und wie kann eine gemeinsame Utopie aussehen? Worum geht es, wenn wir sagen: Stop. Future unwritten.?

Start writing future. 14. - 17.5.2015, BUKO 37 in Münster

Olympische Spiele in Hamburg? Wir haben Etwas Besseres vor!

Lasst uns gemeinsam den Olympia-Wahnsinn stoppen!

Am 21. März hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) beschlossen, sich mit Hamburg um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2024 zu bewerben. Im Herbst sollen Hamburgs Bürger/innen in einem Referendum entscheiden, ob sie dieses Großevent in ihrer Stadt haben wollen.

Wir, die erste offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg, wenden uns gegen die Olympia-Pläne der Stadt und sagen Nein:

- Nein zu Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe, die die öffentlichen Haushalte jahrelang belasten werden.
- Nein zu steigenden Mieten und Verdrängung, wie sie überall die Folge waren, wo olympische Spiele stattgefunden haben.
- Nein zur weiteren Versiegelung von Flächen im Zusammenhang mit der Umsiedlung von Hafenbetrieben und dem Neubau von Sportstätten.
- Nein zum Ausverkauf der Stadt an das intransparente Großunternehmen IOC und deren Vertragspartner.
- Nein zu einem Hochleistungssport, der die Sportler/innen nicht zuletzt durch Doping zerstört.
- Nein zu einem Megaevent, das für uns nur im Fernsehen stattfinden wird, während in der ganzen Stadt der Ausnahmezustand zur Regel wird.

Wir, die erste offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg, sind für eine soziale und weltoffene Stadt und sagen Ja:

- Ja zur Stärkung des inklusiven Schul- und Breitensports.
- Ja zu einem wirklichen, langfristig gesicherten sozialen Wohnungsbau.
- Ja zu einem Hamburg, das für alle offen ist.
- Ja zu einer Stadt, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner/innen orientiert.

Es geht um sehr viel. Weil wir an Hamburg hängen und weil wir hier wohnen bleiben wollen, werden wir gegen die Pläne von DOSB, Hamburger Sportbund, Senat und Handelskammer aktiv. In den nächsten Monaten werden wir über die Folgen Olympischer Spiele in der Stadt informieren. Wir werden zeigen, dass es in Hamburg eine starke Opposition gegen Olympische Spiele gibt. Unser Ziel ist es, die Austragung der Spiele in Hamburg zu verhindern – ob 2024 oder 2028.

Lasst uns gemeinsam den Olympia-Wahnsinn stoppen!

PS: SAVE THE DATE: 30. Mai Anti-Olympia-Aktion in Wilhelmsburg (Anmerkung der Redaktion)



Kein Abriss! Kein Neubau! koZe verteidigen!

Im September 2014 haben wir im Münzviertel das Kollektive Zentrum, kurz koZe, eröffnet. Vorausgegangen ist eine Besetzung der leerstehenden ehemaligen Gehörlosenschule am 12. Juli 2014, nachdem zunächst erfolgreiche Zwischennutzungsverhandlungen von Nachbarschafts-Initiativen einzig durch Lügen und Ignoranz des Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) verhindert wurden.

Das kollektive Zentrum ist ein Ort, der sich selbstverwaltet mit Leben, Wissen und Aktivitäten füllt. Es ist das, was wir gemeinsam draus machen; solidarisch, selbstbestimmt, emanzipatorisch, gegen Autoritäten und Diskriminierung. Neben montaglichen Hausplena gibt es Siebdruck-, Näh- und Fahrradwerkstätten, ein Fotolabor, einen Sportraum mit Duschen für Yoga, FLTI*- und all-gender-Kampfsport u.v.m, einen Kinderraum, ein Büro und Versammlungsraum, eine Bibliothek zum Lesen und Studieren, den Punk-Frisör, regelmäßiges Kochen, eine Food-Coop, Kneipe, Kickern, Kino, einen draußen-Spiel-und Fußballplatz, Infoveranstaltungen und ein Raumschiff, und es wird immer mehr. Wir freuen uns über die vielfältigen Aktivitäten und die politische Arbeit unterschiedlicher Gruppen aus dem Stadtteil und darüber hinaus.

Die Zukunft des koZe ist bedroht. Unser aktueller Zwischennutzungsmietvertrag kann monatlich gekündigt werden. Das gesamte Schulgelände samt Kita wird derzeit durch den städtischen LIG an einen Privatinvestor, die Hanseatische BauKonzept (HBK), verkauft. Zum 1. April 2015 findet eine sogenannte Übertragung der Schlüsselgewalt an die HBK statt, was für uns bedeutet, dass statt dem städtischen LIG nun ein Privatinvestor unser Vermieter wird. Der LIG hat keine Sicherheit zur Gewährung der Zwischennutzung in den Verkaufsvertrag mit der HBK eingebaut. Eine Kündigung wird somit wahrscheinlicher.

Allein wir 200 wöchentliche Nutzer_innen haben Bock zu bleiben. Räume wie das koZe sind in Hamburg rar. Selbstorganisierte Zentren sind unbedingt notwendig, das zeigen nicht nur die vielen Besetzungen für soziale Zentren der letzten Jahre (AZ Altona, Bleicherstraße, Breite Straße, Weidenallee, Marktstraße, Villa Behnke, Spiegel-Hochhaus, Lilienstraße, Juliusstraße, Refugee Welcome Center Laeiszstrasse...). Wir brauchen noch mehr Platz, denn unsere räumlichen Kapazitäten sind bereits jetzt ausgereizt.
Leerstand gibt es nicht nur bei unserem Blick aus dem Fenster, sondern überall in Hamburg. Der Verkauf öffentlicher Gebäude, u.a. von Schulen, für privatinvestorische Miets- und Eigentumsumwandlung wird seit Längerem in verschiedenen Stadtteilen kritisiert. Die Geschichte des koZe zeigt deutlich, wie die Realisierung von selbstbestimmten Projekten sogar auf offiziellen, behördlichen Wegen durch den LIG verhindert werden – zuerst durch das Verweigern eines Nutzungsvertrags, dann durch Räumung der Schulbesetzung und das Stellen von Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs.
Wir fordern den LIG auf, die mindestens 148 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gegen die 17 Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule im Münzviertel vom Juli 2014, sowie die 131 Aktivist_innen der Wagenplatzbesetzung an der Schützenstraße/ Leverkusenstraße in Altona im Rahmen der Squattingdays im August 2014 zurück zu ziehen.
Solidarische Grüße an alle, die selbstorganisierte Räume erkämpfen und verteidigen.

Verhandlungen über unseren Auszug werden wir nicht führen.
Das koZe ist unser Haus und bleibt es auch.

Kein Abriss, kein Neubau.
KOZE VERTEIDIGEN!

koZe-Solidarität: Flashmob bei Finanzbehörde & HBK

Am 01. April 2015 haben solidarische Freund_innen des neuen Projekts „Kollektives Zentrum" (koZe) aus dem Münzviertel mit einem Solidarische Raumnahme-Flashmob in der Kantine der Finanzbehörde und beim Privatinvestor Hanseatische BauKonzept (HBK) protestiert. Damit wurde auf die Aussage der Finanzbehörde reagiert, städtischen Leerstand nicht offenlegen zu wollen. Auch der HBK wurde gezeigt, dass das Abstellen von Heizung und Warmwasser im koZe bei laufenden Mietverhältnis, ohne Vorankündigung und aus fadenscheinigen Gründen nicht akzeptiert wird.
Mit Partystimmung, buntem Konfetti und Sprechchören tanzten einige verkleidete Freund_innen des neuen kollektiven Zentrums durch die Kantine der Finanzbehörde und statt in einfach vor den Büroräumen der HBK, denn diese hielt die Türen verschreckt geschlossen. Bei guter Stimmung wurde der reibungslose Arbeitsablauf der Leerstandsmanager_innen so für einige Zeit erfolgreich unterbrochen.
Den unerwarteten Besuch hat die Finanzbehörde ihrer Weigerung zu verdanken, über öffentlichen Leerstand Auskunft zu geben (s. Taz 24.03.2015). Wenn diese die Räume lieber geheim hält und leerstehen lässt, statt sie gemeinnützigen Initiativen zur Verfügung zu stellen, dann nutzen Aktivist_innen eben die Räume der Behörde für ihre Aktivitäten.
Das Abstellen von Heizung und Warmwasser ohne vorherige Mitteilung und in einem laufenden Mietverhältnis durch die HBK ist als klare Provokation an die Nutzer_innen des kollektiven Zentrums zu verstehen. Dass auch diese Frechheit nicht unbeantwortet bleibt, erfuhren die überraschten Immobilienspekulant_innen der HBK am Mittag. Die Büro-Party wurde zwar nicht ins Büro gelassen, auf dem Flur wurde trotzdem deutlich gemacht, dass weitere Provokationen, eine Kündigung oder gar Räumung des koZe keine Option sind.
Populistische Äußerungen von der Sprecherin der Finanzbehörde, Anja Fischer, dass Hausbesetzungen angeblich die Innerer Sicherheit und Leib und Leben von Ordnungskräften gefährden würden, weisen wir bestimmt zurück. Solche Aussagen führen zu einer Kriminalisierung und Delegitimierung von Aktionen, die sich für soziale Projekte und Menschen einsetzen, die Arbeits- und Wohnraum brauchen.

Den städtischen Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG), als Vertreter der Finanzbehörde derzeit Verkäufer des Schulgeländes rund ums koZe, und den Privatinvestor HBK eint, dass sie in ihren neoliberalen Immobilienmanagementkonzepten keinen Raum für soziale Zentren und Selbstverwaltung haben. Dennoch ist klar, dass sich in dieser Stadt auch zukünftig Räume angeeignet werden, wo Bedarf besteht. Leerstand gibt's genug.

Freund_innen des kollektiven Zentrums im Münzviertel
01. April 2015

EZB-Eröffnung - eine Auswertung

„Autonome Schuld an Krawallen“ - Der frühe Morgen

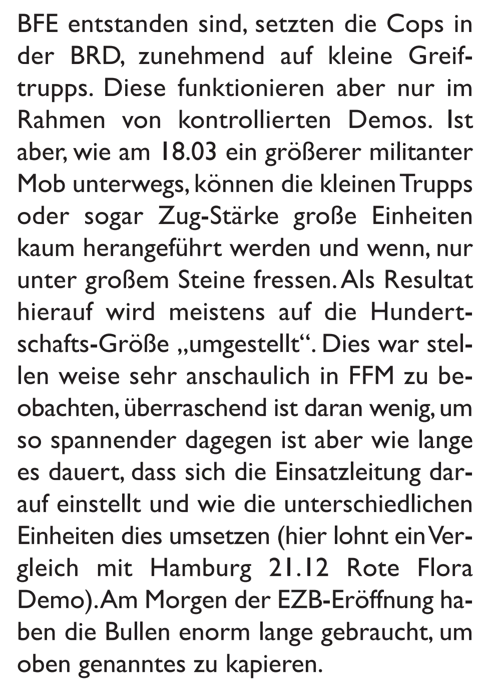
Ein Aufruhr, eine Revolte entwickelt sich, spitzt sich zu, um dann eines Tages, zu explodieren. Ein Krawall dagegen entsteht nicht spontan, vielmehr wird sich dazu verabredet...
Im Vorfeld der EZB-Eröffnung gab es eine der größten militanten Mobilisierungs-Kampagnen der letzten Jahre (seit G8-2007). Dabei wurden nicht nur diverse Aktionsformen getätigt, sondern auch die unterschiedlichsten Themenfelder in Bezug zum 18.03 gesetzt – KIK & Ausbeutung,



Banken, der repressive Staat/Troika, steigende Mieten oder die wachsende Militarisierung Europas. Und auch in FFM selbst, wurde in den Tagen davor noch einmal mit Feuer, Farbe und Stein auf den Aktionstag hin gearbeitet.Insofern überrascht es schon, dass die Cops bis ca. 9Uhr so schlecht aufgestellt waren, trotz das 7.000 Bullen - inklusive USK, Blumberger Bundesbullen & Berliner Schweinen - und vermutlich jedem einsatzfähige Wasserwerfer der BRD vor Ort war.
Am Morgen selbst scheint die Frankfurter Rundschau eine bessere Lage-Aufklärung gehabt zu haben, als die Bullenleitung in FFM. Spaß beiseite, wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass morgens bei der Uni kein TaBo oder anderes Zivischwein vor Ort war und nach oben gemeldet hat, was für ein hübscher Mob sich dort formiert hatte. Bleibt die Frage, wieso trotzdem der Mob so frei agieren konnte? Hier gibt es eigentlich nur zwei mögliche Erklärungsansätze:
1. Der Krawall war politisch gewollt
2. Die Bullen hatten weiterhin bzw. auch im Vorhinein eine Fehleinschätzung.

Unser Erachtens kann erstens eher ausgeschlossen werden. Es fehlen hierfür schlicht die politischen Akteur*innen, die zum einen, die entsprechende Entscheidungsbefugnis hätten so etwas zu veranlassen und zum anderen daraus nennenswerten politischen Mehrwert zögen. Außerdem wird der neue Oberbulle sicher nichts weniger gewollt haben, als bei seiner ersten Großlage schlecht dazustehen.Last but not least, halten wir solche Ansätze generell eher für Verschwörungstheorien.

Bleibt also nur zweitens: Die Bullen haben schon bei vergangenen Events, wie z.B. M31, sich gerne schwerpunktartig fokussiert und dabei hinter Hamburger-Gittern selbst eingesperrt, so auch bei der EZB-Eröffnung. Dies resultiert sicherlich zum Großteil aus ihrer Verantwortung gegenüber der EZB als europäische Institution, dem Aktionstag letztem Jahr im November, aber vermutlich auch aus einer fehlerhaften Lageeinschätzung im Vorhinein, welche wahrscheinlich die EZB und die Demo am Abend als Fokus der Aktivist*innen ausgemacht hatte (neben der EZB war übrigens auch die Deutsche Bank massiv vergittert und bewacht). Auch scheinen die Bullen, von der frühen Uhrzeit überrascht gewesen zu sein. Hierfür spricht, dass nach unseren Beobachtungen, morgens noch bei weiten nicht alle Hundertschaften in FFM waren.
Im Allgemeinen hat sich am Morgen, eine grundlegende Schwäche der Bullenstrategie der letzten Jahre gezeigt: Seit ende der 80er Jahre, als in Berlin die Vorläufer des



BFE entstanden sind, setzten die Cops in der BRD, zunehmend auf kleine Greiftrupps. Diese funktionieren aber nur im Rahmen von kontrollierten Demos. Ist aber, wie am 18.03 ein größerer militanter Mob unterwegs, können die kleinen Trupps oder sogar Zug-Stärke große Einheiten kaum herangeführt werden und wenn, nur unter großem Steine fressen. Als Resultat hierauf wird meistens auf die Hundertschafts-Größe „umgestellt“. Dies war stellen weise sehr anschaulich in FFM zu beobachten, überraschend ist daran wenig, um so spannender dagegen ist aber wie lange es dauert, dass sich die Einsatzleitung darauf einstellt und wie die unterschiedlichen Einheiten dies umsetzen (hier lohnt ein Vergleich mit Hamburg 21.12 Rote Flora Demo). Am Morgen der EZB-Eröffnung haben die Bullen enorm lange gebraucht, um oben genanntes zu kapieren.

„Das wollten wir nicht“ – das Politische

Während ein Sprecher von Attac sich in einem Interview distanziert und sagte: „Das wollten wir nicht“. Entgegnen wir: Doch genau das wollten wir und unsere wütenden Freund*innen aus ganz Europa: einen politischen Krawall!
Anders als unsere Freund*innen von Urban Resistance, sehen wir das Verhalten von Teilen von Blockupy und hierbei besonders von UmsGanze.../M18 als solidarisch und positiv! Das sich dagegen die Linke, Attac oder der IL Schreihals Christoph Kleine (erinnert sei an G8) distanzieren und Militanz ausgrenzen, ist uns gelinde gesagt scheiß egal.
Die EZB-Eröffnung ohne den Vormittag wie er war, wäre ein integrierter Teil des gesellschaftlichen Spiel gewesen, ohne größere Resonanz, wo wir auch schon bei einem, für uns, der wichtigsten Gründe für die Militanz wären - die Negation des Bestehenden. Wenn wir Macht als etwas fluides begreifen, wenn also im Empire, weniger die Entscheidungen Einzelner, sondern der Diskurs der Vielen Veränderungen bestimmen, dann kann so ziemlich alles integriert werden. Und das wird es auch, selbst so etwas wie der Punk ist heute Mainstream.
Angriffe auf den Staat oder die kapitalistische Organisierung dagegen, sind Bilder die nicht anders gezeichnet, nicht integriert werden können. Die Botschaft die diese Bilder enthalten – wir sind wütend & solidarisch mit den kämpfenden im Rest-Europas; überall – hat sich von Chile bis nach Athen verbreitet.

Das wäre ohne den politischen Krawall sicher nicht der Fall gewesen, vielmehr hätten Parteien und andere Reaktionäre versucht Kapital aus dem Spektakel zu ziehen, dass kann nun zum Glück von jenen nicht mehr getan werden. Überhaupt nehmen wir die Presse, für einen Tag wie diesen, als positiv war. In praktisch allen Zeitungen fanden sich Berichte über die Situation in Griechenland und anderswo, die Gegenwärtige Politik der Verarmung wurde kritisiert und Aussagen die in etwa so lauten: „Die Wut ist zwar berechtigt aber die Gewalt...", zeigen erstaunlich viel verständnis. Leider können wir uns in diesem Zusammenhang eine kleine Randbemerkung zum „Aktionskonsens" nicht verkneifen: Im Grunde genommen ist es in Teilen eine Wiederholung der Diskussion um Castor Schottern, wobei „die" Militanten sich diesmal nicht vorhalten lassen können, keine eigenen Aktionen gemacht zu haben: es gab morgens einen eigenen Finger, Kundgebungen wurden nicht bewusst angesteuert und auf der Demo am Abend wurde sich nachdem Konsens gerichtet.

Das trotzdem manche innerhalb von Blokkupy, solchen Alleinvertretungsanspruch geltend machen und behaupten es sei ein „Aktionskonsens" gebrochen worden, wundert uns nicht. Von Parteien & Co. ist nichts anderes zu erwarten. Hier aber trotzdem nochmal: Wir waren nie Teil von Blockupy und daher auch nie vom Aktionskonsens.

Die dabei teils vorhandene Kritik an einigen Aktionen können wir nicht teilen, im Gegenteil, wir haben selten solch zielgerichtete Militanz gesehen: 7 abgefackelte Polizeikarren, 55 beschädigte, 150 verletzte Bullen, Barrikaden, Angriffe auf Banken, teuren Einzelhandel, Versicherungen, Bürgeramt, Gericht, Verkehrsbetriebe und insgesamt einen Sachschaden in Millionen-Höhe sind ein klares Statement...

Ironie der Geschichte ist an dieser Stelle auch, dass die bei vielen linksradikalen/autonomen nicht sehr beliebte Syriza sehr viel lässiger auf den Krawall reagiert als ihre deutschen Anhänger*innen innerhalb von Blockupy:

Chondros gibt 3sat ein Interview: „Die EZB soll Liquidität sichern, aber Griechenland nimmt sie aus", erklärt er. „Warum?", fragt die Reporterin. „Weil die Alternative in Griechenland nicht Beispiel für Europa werden soll. Eine Alternative zur neoliberalen Logik, zur Austerität." Nachfrage der Reporter*in: „Hier brennen aber auch die Autos. Ist das okay?", fragt sie. „Ja", sagt Chondros. „Das ist gut für die Medien. Was anderes wollen die ja nicht." Er lacht noch mehr als die Reporter*in von 3sat.

Zurück in die Zukunft

Die Fallhöhe nach solchen Groß-Events in die Mühen der Alltagskämpfe ist groß, aber so politisierend, elektrisierend und inspirierend solche Tage sind, so wenig werden wir damit unserem Horizont der Hoffnung wesentlich näher kommen.



Und jetzt?

In der Streitschrift/Broschüre Guccio wurde der Vorschlag verbreitet, sich noch in diesem Jahr in einem transnationalem Rahmen zu treffen. Unsere Welt in der wir leben überfordert uns alltäglich während die Restlinke noch über die Krise mobilisiert, ist längst wieder ein neuer Zyklus angebrochen, werden neue Lebensbereiche, Menschen und Regionen verwertet. Überall in Europa oder anderswo greift das Empire die letzten verbliebenen sozialen Beziehungen und Strukturen an, werden Menschen, ob durch Hartz IV oder Piano Casa (It) „verwaltet", kurz findet der soziale Krieg statt.

Die Idee treibt uns daher die Freude ins Gesicht, denn all dies können wir nur gemeinsam begreifen, analysieren und schlussendlich verändern.

Wir greifen daher die Idee auf und schlagen vor am 1.Mai zur Expo Eröffnung nach Mailand zu fahren, um unsere Beziehungen zu unseren wütenden Freund*innen zu intensivieren und auszuloten, wann, wo und wie wir wieder zusammen treffen...

Für mehr Funken speiende Feuerwerke am Horizont unserer Hoffnung

Autonome Gruppen

Blockupy: Antimilitaristische Aktionen gegen Rüstungskonzerne

Deutlich über 150 AntimilitaristInnen nutzten die Zeit zwischen Blockaden und Demonstration um die Niederlassungen der Rüstungskonzerne Diehl und ThyssenKrupp in Frankfurt zu besuchen. In kurzen Reden wurden die militärischen Aktivitäten der Unternehmen dargelegt. Außerdem wurden die Gebäudekomplexe farblich markiert. Die Eingangsbereiche wurden mit antimilitaristischen Transparenten und Spray-Parolen versehen.

Diehl fertigt und vertreibt unter Anderem Lenkflugkörper, Munition und Aufklärungssysteme. Auch die Ausrüstung und Instandsetzung von militärischen Fahrzeugen gehört zum Angebot des Unternehmens. In Frankfurt Heddernheim arbeiten rund 430 MitarbeiterInnen im Bereich Aerospace des Diehl Konzernes. Diese sind spezialisiert auf Avioniksysteme und Beleuchtungskonzepte im Bereich der zivilen und militärischen Luftfahrt. Unter Anderem die Kampfjets „Eurofighter" und „Phantom F-4" werden mit diesen Systemen ausgestattet. Vor dem Werk wurde eine kurze Rede gehalten. Außerdem wurde mit Farbe, Transparenten und Dekorelementen das Werksgelände markiert.

Eine unangemeldete Demonstration führte an einer Niederlassung von ThyssenKrupp vorbei. Das traditionsreiche Unternehmen ist seit über 150 Jahren Global Player im Kriegsgeschäft. Ihre Höhepunkte erreichte die Waffenproduktion im 1. und 2. Weltkrieg. Thyssen-Krupp zählt zu den größten Profiteuren des deutschen Faschismus. Heute gehören neben Deutschland Länder wie Pakistan, Südkorea und die Türkei zu den Kunden des Unternehmens. Auch dieses Bürogebäude wurde markiert.

Mit den Aktionen unter dem Label BLOCKWAR soll die Krisenpolitik der Herrschenden, die militärische Aufrüstung und imperialistische Kriege beinhaltet, symbolisch angegriffen werden.

Gewalt!

»Nach den Blockupy-Festspielen in Frankfurt haben wir eine Debatte darüber, welche Mittel DemonstrantInnen einsetzen 'dürfen', und welche nicht - Über den schmalen Grat, auf dem wir tanzen müssen.« - Gedanken eines Aktivisten.

Erwartet haben wir das so nicht. Wer die Blockupy-Demonstrationen der vergangene Jahre kannte, wusste, dass die Polizei es 2013 und 2014 vermochte, in Frankfurt nahezu jeden größeren Angriff auf sie oder die eigentlichen Ziele der Veranstaltung zu unterbinden, indem sie größere Menschenmengen von vornherein zerstreute, AktivistInnen schon festsetzte, bevor die überhaupt aus dem Bus gestiegen waren oder aber durch exzessive Gewalt das Drohpotential so hochschraubte, dass den meisten die Lust auf Riots verging, bevor der erste Stein aus dem Pflaster gebrochen wurde.
Dieses Jahr funktionierte das nicht. Obwohl noch mehr an Mensch und Material angekarrt worden war, als die Jahre davor – von Hubschrauber über Wasserwerfer bis zu Flugzeugen, Booten und NATO-Draht -, gelang es dem Team Green nicht, zwischen 6 Uhr und 12 Uhr irgendeine Kontrolle herzustellen, auch danach wirkte es planlos und überfordert. Es passierte also, was viele von uns gehofft und viele auf der Gegenseite gefürchtet hatten: Es gab tatsächlich wirkungsvolle Attacken auf Polizeiketten und -fahrzeuge.

Der »Terror« der »Chaoten«
Es ist früh, sehr früh. In der Nähe des Bahnhofs »Zoo« sammeln sich AktivistInnen, als wir ankommen, sind schon viele vermummt, es geht los. Einzelne Bullenautos, die gesichtet werden, werden sofort angegriffen, entgegen unserer Erwartungen ziehen sie von dannen, ohne dass ein größerer Nachschub versucht, sie zu rächen. Die Masse wächst an, auf 700, vielleicht gar 1000 Leute, die Stimmung ist gut, geladen, voller Zorn. Man zieht los, irgendwann in die Hanauer Landstraße.
Dort klirren Scheiben, die Sparkasse wird entglast, Graffitis werden hinterlassen, Gegenstände auf die Straße gezogen. Am Ende der Straße der Showdown. Eine Bullenabsperrung mit Wasserwerfern, Cops, Autos und dahinter auch Nato-Draht trennt den Mob von der Europäischen Zentralbank. Es wird nicht gezögert. Die etwa sechs Beamten, die von ihren Kollegen achtlos vor der Frontlinie hingestellt wurden, bekommen Steine und Pyrotechnik ab, ihre Autos gehen in Flammen auf. Der Angriff geht weiter, mit einer für deutsche Verhältnisse unüblichen Entschlossenheit. Irgendwann entscheiden die Bullen hinter der Absperrung Tränengaskartuschen einzusetzen und stoppen so die Offensive – aber lange noch nicht den Riot, der sich jetzt wieder über die Hanauer Landstraße zurückbewegt. Hier ist viel Scheisse passiert, aber davon später.

Da es brannte, da Beamte verletzt wurden, da Scheiben klirrten musste kommen, was kam: Eine Gewaltdebatte. Vom »Tag der Gewalt« schrieben die Stuttgarter Nachrichten, ganz so, als ob es an anderen Tagen keine »Gewalt« gäbe. »Abstoßend, besorgniserregend und erschreckend«, nannte der CDU-Rechte Thomas Strobl die Proteste, »volles Verständnis dafür, wenn der Schlagstock bei der Polizei heute lockerer sitzt«, äußerte der SPD-Hinterbänkler Erik Donner. Spingers Bild, die ukrainische FaschistInnen auf dem Maidan mit Macheten, Knarren und Baseballschlägern, als couragierte Freiheitskämpfer porträtierte, sprach von »Chaoten«, »Randalierern«, der Berufsdummkopf Franz-Josef Wagner gar von »Terror«.

Ihre Gewalt …
Fangen wir mit den einfachsten Feststellungen an, fast schon zu trivial, um von ihnen zu schreiben. Hat uns wirklich zu interessieren, was die Hausschreiberlinge der herrschenden Klasse und die Charaktermasken aus SPD und CDU zu sagen haben? Muss uns wirklich interessieren, was ein Thomas Strobl, der einst das »Panzerlied« der Nazis in der CDU-Broschüre »Lied.Gut« abdrucken ließ (»Für Deutschland zu sterben / Ist uns höchste Ehr.«), über »Gewalt« zu sagen hat? Kaum. Denn diejenigen, die hier von »Gewalt« reden, sind diejenigen, die ein politisches und ökonomisches Gesellschaftssystem stabilisieren und fortschreiben, das in seinen wesentlichen Zügen so gewaltförmig ist, dass es vieler Trilliarden Blockupys bedürfte, um annähernd aufzuschließen.
Man schämt sich fast, das Selbstverständliche notieren zu müssen. Aber ja, ihre Kriege, in Jugoslawien, in Afghanistan, in Libyen und in dutzenden anderen Weltgegenden sind Gewalt. Ja, Gewalt ist auch schon die Unterwerfung des Menschen unter den endlosen Zyklus der Kapitalakkumulation. Ja, ihre Austeritätspolitik, die Millionen Menschen in Armut, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung stürzte, ist Gewalt. Ja, ihr Hartz IV, ihre Agenda 2010, ihr Arbeitsregime ist Gewalt. Ja, ihre geheimdienstliche Überwachung, ihre polizeiliche Repression ist Gewalt. Man könnte endlos so weitermachen, aber man wird bei denen, die jetzt wegen einiger Steine an das Prinzip der »Gewaltlosigkeit« appellieren, kein Verständnis ernten.
Denn ihre Gewalt ist »normal« und »unabänderlich«. Man kann eben nichts machen, wenn TextilarbeiterInnen in Sweatshops in Bangladesh krepieren, wenn Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen ersaufen, wenn GriechInnen auf »Austerität« darben, wenn Hartz-IV-BezieherInnen in einer Spirale aus Elend und Perspektivlosigkeit vor sich hinsiechen, wenn afghanische Jugendliche von deutschen Offizieren per Knopfdruck ausradiert werden. So ist eben der Lauf der Dinge, das ist doch keine »Gewalt«, das ist eben so, eine Art Schicksal. Das kann man doch nicht mit den steineschmeißenden ChaotInnen vergleichen, sagen sie uns.

… und unsere Gewalt
Und sie haben recht. Das kann man nicht vergleichen. Denn »revolutionäre« Gewalt, wird sie richtig gedacht, ist dazu da, genau diese vermeintliche Unabänderlichkeit der »normalen«, »alltäglichen« Gewalt zu unterbrechen und zu sagen: Halt, so nicht. Aber was ist eigentlich mit dieser Gewalt? Müssten wir, die wir eine lebenswertere Gesellschaft wollen, nicht in unseren Mitteln auf Gewalt verzichten? Sollten wir nicht »friedlich« unsere Anliegen artikulieren, so wie uns das diverse Grüne und SozialdemokratInnen aus ihren schicken Dienststuben uns das nun anempfehlen und auch noch die rechte Backe hinhalten, nachdem man uns schon mit dem Stiefel in die Fresse getreten hat?
Belügen wir uns nicht selbst. Noch jedes Mal, wenn es darum ging, die Gesamtscheiße von Grund auf umzuwühlen, gab es Gewalt – und zwar von jenen, die ein Interesse daran hatten, dass das Schlechte Bestehende so bleibt, wie es ist. Erinnern wir uns an Salvador Allende, den demokratisch gewählten Präsidenten Chiles, der ohne Gewalt an die Macht kam und durch die Gewalt der Konterrevolution selbige und sein Leben verlor. Erinnern wir uns an Oktoberrevolution, spanischen Bürgerkrieg, kurdischen Befreiungskampf – an jeden beliebigen Versuch auszubrechen aus einer Ordnung von Unterdrückung und Ausbeutung. Es ging nie ohne Gewalt. Seien wir realistisch, auch zukünftig wird es nicht ohne gehen. Und zwar nicht, weil wir es nicht so wollten, sondern weil diejenigen, die uns »Gewaltlosigkeit« vorschreiben wollen, es nicht so wollen. Doch halten wir inne. Wir sind ja noch lange nicht so weit, dass wir von revolutionärer Gewalt zu reden hätten, die die Verhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Karl Marx), umzuwerfen in der Lage ist.

Gegenmacht und Gewalt

Neben allerlei Gedankenlosigkeiten und klischeehaftem Blödsinn, den der Piraten-Politiker Oliver Höfinghoff im postmodernen Spaßmagazin Vice unter dem Titel »Randale als Selbstbefriedigung« verzapft, hebt er einen Punkt hervor, der nicht falsch ist. »Ganz offensichtlich liegt die Macht derzeit nicht auf der Straße. Sie liegt an verschiedenen Stellen—in Parlamenten, Amtsstuben, Redaktionsräumen und Vorstandsbüros. Da kann sie ohne entsprechenden Rükkhalt einer kritischen Masse nicht einfach mit Gewalt herausgeholt werden.«

Das ist wahr. Als Marx schrieb, »die Waffe der Kritik« könne »allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen«, »die materielle Gewalt« müsse »gestürzt werden durch materielle Gewalt« fügte er hinzu: »Allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift«. Das, was hier Macht, Gegenmacht, ist, geht nicht im Potential auf, Krawall zu schieben. Es meint, eine organisierte Kraft in Betrieben, Stadtteilen, kulturellen Milieus – woran uns später Antonio Gramsci erinnerte – aufzubauen. Diese organisierte Gegenmacht, früher nannte man sie »Sowjets«, kürzlich in der Türkei, Spanien und Griechenland auch mal »Foren«, schlägt Kerben in die bestehende Macht, sie ist eine eine reale Kraft, keine simulierte. Man kann sogar die mathematische Gleichung aufstellen: Je größer die organisierte Gegenmacht ist, und damit die Risse im Netz aus Staat und Kapital, desto geringer wird der Aufwand an Gewalt sein, den wir brauchen werden, um es zu zerreissen.

Daran kranken - bei aller Wichtigkeit - Events wie Blockupy. Sie simulieren den Aufstand, den wir in Deutschland nicht haben und noch nicht haben können, weil wir eben dort, wo Gegenmacht entsteht keine ausreichende Verankerung haben. Diese wird in kleinen, weniger sichtbaren Kämpfen errungen, die heute noch viel zu wenig geführt werden. Hätte man den Rückhalt aus der Verankerung in der Klasse, hätte Gewalt eine andere Bedeutung. Sie würde dann vor allem dazu dienen müssen, die errungenen gesellschaftlichen Stellungen, da wo sie angegriffen werden, zu verteidigen. Sie müsste aber auch offensiv eingesetzt werden, um weiter zu gehen, die Risse zu vertiefen und den Gegner zurückzudrängen.

Bahnhöfe stürmen ohne Fahrschein

Was ist aber nun mit jener Gewalt, die gestern während der Blockupy-Demonstrationen ausgeübt wurde? Höfinghoff und mit ihm viele reformistische Linke meinen, solange es keinen Rückhalt im überwiegenden Teil der Bevölkerung für Angriffe auf die Polizei oder sonst irgendwas gibt, sollte man sie lieber ganz lassen, denn sie spalten nur. Blödsinn. Gerade in Deutschland, wo die Linke so handzahm ist, wie sonst vielleicht nirgendwo in Europa, geht es um die Bestärkung einer Kultur der Konfrontation. Militanz ist nicht allein der Akt auf Straße, sondern die Haltung der Unversöhnlichkeit mit dem schlechten Bestehenden. Es muss, auch in der Tat, der Bevölkerung gezeigt werden, dass Widerstand gegen dieses System legitim ist und dieser sich nicht in den Bahnen zu bewegen hat, die uns der Feind als einzig »erlaubte« vorschreibt. Lenin wird das Zitat zugeschrieben: »Wenn die Deutschen Revolution machen und einen Bahnhof stürmen wollen, dann kaufen sie vorher eine Bahnsteigkarte.« Kaum je war es richtiger als heute.

Wenn nun die gesamte bürgerliche Journalistenriege betont, man halte zwar selbstverständlich die Äußerung von Kritik für legitim, aber bitte, bitte, bitte doch nicht so, dann muss die Antwort lauten: »Wie wir Kritik äußern, das habt ihr, die ihr in überwiegender Zahl euer täglich Brot durch kritiklose Affirmation verdient, uns schon mal gar nicht zu erklären.« Riots und Rebellion sind ein wichtiger Bestandteil des Erlernens einer Kultur der Konfrontation, die auf unser Verständnis, wie wir Politik machen zurückwirkt. Wer das nicht begreifen kann, dem sei eine Woche Istanbul-Okmeydani oder Athen-Exarchia als Bildungsreise ans Herz gelegt. Zugleich sind sie zwar nicht, wie Höfinghoff in schönem Einklang mit Springer meint »Selbstbefriedigung« (das gibt es bei einigen auch, dazu später), wohl aber »Selbstermächtigung«. Sie durchbrechen, wenn auch nur für eine Sekunde und symbolisch, die Alltagserfahrung unveränderlicher Verhältnisse und eines übermächtigen Staates, gegen den »man ja eh nichts tun kann«.

Errico Malatesta und die zwei falschen Alternativen

Nach all diesem Lob militanter Aktionen darf das große Aber nicht fehlen. Der Italiener Errico Malatesta machte in einer kleinen Schrift von 1918, »Anarchismus und Gewalt« einige wichtige Bemerkungen. Seine strategischen und politischen Schlussfolgerungen muss man nicht teilen, die Fragestellung, die sich innerhalb der Linken stellt, hat er pointiert herausgearbeitet. Er schreibt: »Die Frage, in welcher Weise oder in welchem Maßstab die Anwendung der Gewalt berechtigt oder nützlich ist, ist bislang leider nur sehr wenig diskutiert worden.« Aus dem Fehlen dieser Diskussion haben, so Malatesta, sich in der anarchistischen Bewegung zwei – einseitige und falsche – Strömungen entwickelt. Die erste Strömung kann als diejenige gelten, die heute in der deutschen Linken die wahrscheinlich dominante ist: »Einige Genossen, abgestoßen durch die Brutalität und Nutzlosigkeit verschiedener dieser Akte, erklären sich gegen jede Gewalt, ausgenommen in solchen Fällen, wo man uns direkt und unmittelbar attakiert.«

Die zweite verliert sich dagegen im anderen Extrem: »Andere Genossen sind wieder ganz entgegengesetzter Meinung. In ihrer Verbitterung über den unablässigen Kampf und die unausgesetzte Verfolgung durch die Regierung, mehr oder weniger beeinflusst von den alten jacobinischen Ideen, in deren Umkreis die junge Generation erzogen wurde, wird jede Tat von ihnen gutgeheißen, was immer ihr Charakter oder ihre Wirkung auf die breiten Volksmassen sei, solange ihre Ausführung im Namen des Anarchismus stattfand. Diese Sorte von Anarchisten hat die Grundidee des Anarchismus so wenig verstanden, dass sie wirklich das Recht für sich beansprucht, über Leben und Tod jener zu urteilen, welche keine Anarchisten oder nicht solche sind wie sie.« Diese Worte sind so aktuell, das man meint, sie wären auf die heutige Situation bezogen. Wer das Auftreten einiger »nihilistischer« Strömungen etwa in Griechenland kennt, weiß, dass exakt diese Beschreibung zutrifft.

Sinn und Unsinn von Militanz

Zurück zu Blockupy. Wir haben oben vom Rückweg durch die Hanauer Landstraße gesprochen. Hier, der Angriff auf die Polizeikette war vorbei, spielten sich Szenen ab, die genau in Malatestas zweite Kategorie fallen – wenngleich auch auf niedrigerem Eskalationsniveau als dem, das dem italienischen Anarchisten vorschwebte. Hier wurde nun völlig sinnfrei alles angegriffen, was entweder aus Glas bestand oder blinkte. Mittelstandsautos wurden zerstört, eine Straßenbahn, in der Menschen saßen, mit einem Hammer entglast, sogar eine Rettung soll angegriffen worden sein (das haben wir selber nicht gesehen, aber zwei GenossInnen, denen wir vertrauen). Kleine Läden, deren Ladenbesitzer sogar nachher noch uns gegenüber Verständnis für Blokkupy äußerten, wurden mit Steinen beworfen.

Diese Ziele sind sinnlos, kontraproduktiv und nicht nur deshalb abzulehnen, weil – wie Malatesta schreibt – den durchführenden AktivistInnen offenbar völlig egal ist, »was immer ihr Charakter oder ihre Wirkung auf die breiten Volksmassen sei«, sondern darüber hinaus, weil man nicht einmal sich selber eine schlüssige politische Rechtfertigung für diese Dummheiten geben könnte. Wer eine radikale, militante Linke

wiederaufbauen will, kann zu diesen Verirrungen nicht schweigen. Das hat nichts mit den unterwürfigen Entschuldigungsgesten reformistischer Möchtegernlinker zu tun, sondern ist eine Frage der eigenen politischen Zielsetzungen. Wem es um nichts anderes geht, als die Bestärkung der eigenen Coolness durch den Sieg über wehrhafte Straßenbahnscheiben, der sollte freundlich, aber bestimmt darauf hingewiesen werden, dass er auf der faschen Demonstration ist. Was glücklicherweise auch durch Unmutsbekundungen umstehender AktivistInnen geschah.

Bei jenen, die ohne irgendeine Überlegung zu richtigen und falschen Zielen auf das Erzeugen von Trümmerhaufen stehen, verkehrt sich Militanz in »Randale« und wird leer. Zwischen den beiden Extremen einer illusorischen »Gewaltlosigkeit«, die es im kapitalistischen Alltag ohnehin nicht gibt, und dem wutentbrannten Nihilismus verläuft der Grat, auf dem zu balancieren ist. Er ist schmal, aber nur auf ihm kann man tanzen.

Peter Schaber
Redakteur des linksradikalen
Blogs lower class magazin

Block G7

Aufruf von resist – Initiative gegen den G7-Gipfel

Was ist G7?

Ein Hinterzimmertreffen der Mächtigen in den Bergen. Verschwörungstheorie? Nein – G7-Gipfel. Zu den G7 zählen folgende Staaten: USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan. Die G7 bezeichnen sich selbst als informelles Gremium, welches keine rechtlich bindenden Beschlüsse fassen kann. Doch was passiert dann eigentlich bei diesen Treffen? Ein Beispiel: Beim G8-Gipfel in Deauville 2011 wurde die Deauville-Partnerschaft ins Leben gerufen. Die Beteiligten behaupten es gehe ihnen um die Unterstützung des arabischen Frühlings. Obama ließ verlauten: „Wir sind entschlossen, die Arbeit zu Ende zu bringen." und Sarkozy sagte: „Gaddafi muss gehen!". Was daraus geworden ist wissen wir heute. Seit Machthaber Muammar al-Gaddafi 2011 durch den Westen gestürzt wurde, befindet sich das Land im Chaos und der Einfluss islamistischer Kräfte wächst stetig. Faktisch wird bei den Gipfeln also etwas entschieden, es gibt jedoch keine öffentlich zugänglichen Protokolle oder Ähnliches. Die Öffentlichkeit erfährt das, was man als geeignet ansieht.

Diese Staaten – mit Ausnahme Japans allesamt Nato-Mitglieder – stellen eine enorme militärische Macht dar. Außerdem vereinigen sie immer noch fast die Hälfte des weltweiten Bruttonationaleinkommens auf sich, während in diesen Ländern nur 1/10 der Weltbevölkerung lebt. Früher war dieser Anteil noch größer. Es geht also auch darum die eigene Machtstellung gegenüber anderen, aufstrebenden Ländern zu sichern.
G7 als "Weltwirtschaftsgipfel"
2014 wurde Russland nach 16 Jahren aus dem elitären Kreis herausgeschmissen: Aus den G8 wurden die G7. Hintergrund war der Konflikt in der Ukraine. In dem spielen die einzelnen G7-Staaten in ihren Funktionen als NATO- oder EU-Mitglieder eine große Rolle. Das schlägt sich auch auf den Gipfeltreffen nieder: Letztes Jahr, nach dem Rausschmiss Russlands, war der Ukraine-Konflikt eines der beherrschenden Themen auf dem Gipfeltreffen. Die G7 einigten sich auf einen Plan, um unabhängiger von Russlands Gas zu werden und drohten Moskau mit gezielten Sankionen. Dass dieses Jahr auch Waffenlieferungen und Kriegsabsichten in der Ukraine Thema sein werden, davon lässt sich ausgehen – denn viele der G7-Staaten setzen seit Beginn des Konflikts auf Eskalation. Angefangen bei dem "Assoziierungsabkommen", das eine starke militärische Anbindung der Ukraine an den Westen vorsah, über die Unterstützung der Opposition bei den Maidan-Protesten bis hin zu den amerikanischen "Academi"-Söldnern, (ehem. "Blackwater")die seit Monaten an der Seite Kiews im ukrainischen Osten kämpfen sollen – überall in dem Konflikt mischen die USA und die europäischen G7-Mitglieder kräftig mit.

So heizen sie den ukrainischen Krieg gegen die eigene Bevölkerung, dem bereits tausende Menschen zum Opfer gefallen sind, immer weiter an. Die Leidtragenden dieser Politik sind die Ukrainer, auf deren Rücken die Großmächte ihre Widersprüche austragen – wobei sich weder Russland noch der Westen für die Interessen der ukrainischen Bevölkerung interessiert. Ihnen geht es allein um geopolitischen und wirtschaftlichen Einfluss.
Dass der Westen allein für seine eigenen Interessen Krieg führt und Waffen liefert, zeigt sich auch in anderen Regionen weltweit. Er beliefert Staaten wie Saudi-Arabien mit Waffen, unterstützt Bürgerkriegsparteien und führt Kriege für seine eigenen Interessen, gleichzeitig wirft er Russland genau dieses Vorgehen vor – und droht "zur Strafe" mit Krieg.
Die wichtigste Rolle auf den G7-Treffen spielen aber wohl die verschiedenen wirtschaftlichen Abkommen zwischen den Staaten: Das im letzten Jahr beschlossene Welthandelsabkommen, aber auch die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA stehen dabei im Vordergrund.
Diese „Freihandelsabkommen" zwischen EU-USA (TTIP) beziehungsweise EU-Kanada (CETA) bedeuten vor allem Eines: Einen direkten Angriff auf die Rechte der Arbeiter_innen. Ihr Ziel ist nämlich, „nichttarifäre Handelshemmnisse" abzubauen. Und das kann alles sein: Datenschutz, Arbeitnehmer_innenrechte und andere soziale Errungenschaften.

Sollten TTIP und CETA in der geplanten Form zustande kommen, könnten einzelne Konzerne Staaten verklagen, wenn sie sich durch die Rechtsprechung in einem Land benachteiligt fühlen. Sie könnten damit also beispielsweise gegen den Mindestlohn klagen. Das ist bereits einmal vorgekommen: 2012 hat das französische Unternehmen Veolia im Rahmen einer ähnlichen Regelung Ägypten verklagt, als die ägyptische Regierung den Mindestlohn erhöhen wollte. Das Unternehmen fühlte sich benachteiligt, weil es seinen Arbeiter_innen mehr Geld hätte zahlen müssen. Das Verfahren läuft noch – zeigt aber schon jetzt, wie gefährlich Schiedsgerichte für soziale Errungenschaften werden können.
Auch gegen das Verbot von Fracking oder Regelungen zum Arbeitsschutz könnten Konzerne dann vor den „privaten Schiedsgerichten" klagen – und zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Urteil fällen

würden Wirtschaftsanwält_innen, die die Konzerne selbst ausgewählt haben. Parlamente und demokratische Gremien hätten keinerlei Einfluss darauf.
Ähnlich undemokratisch laufen auch die Verhandlungen zu TTIP und CETA ab: Sie sind vollkommen geheim. Was genau in den Verhandlungen alles Thema ist, soll die Öffentlichkeit erst erfahren, wenn das Abkommen bereits beschlossen ist.

G 7 – Kapitalistische Ausbeutung im Stil des Neo-Kolonialismus

Während des G 7 Gipfels werden sich die führenden sieben Industrienationen nicht etwa treffen, um "wirtschaftliche Verbesserung für dritte Welt Länder" zu organisieren, sondern deren maximale Ausbeutung. Es liegt nicht im Interesse der G 7 eine Wettbewerbsfähigkeit zwischen ärmeren Staaten und ihnen zu gewährleisten. Das zeigt sich z.B. in Afrika, wenn die EU auf afrikanische Exportprodukte so hohe Steuern legt, dass diese nicht mehr exportiert werden können, während zahlreiche billigere Produkte aus dem Westen den afrikanischen Markt überschwemmen und dessen Wirtschaft absolut am Boden halten. Die EU liefert subventionierte Agrargüter nach Afrika, was nachhaltig die dort ansässige Wirtschaft schwächt und Landwirt_innen die Lebensgrundlage nimmt. Außerdem exportieren Staaten der G7 ihre Abfallprodukte aus der Geflügelindustrie in Länder wie Ghana, das in den 1980-er Jahren mehr als 80% seines Bedarfes hätte selbst decken können. Etwa 168.000 Tonnen Geflügelreste werden aus der EU und den USA exportiert und treiben durch ihren billigen Verkauf die Bäuer_innen aus Ghana an den Rand des Abgrundes, da sie nicht einmal mehr 10% des Marktes abdecken können. Desweiteren verfügen viele Dritt Welt Staaten über keine funktionierende Kühlkette, was ein enormes Gesundheitsrisiko für die dort lebenden Menschen darstellt. Versuche der Regierung von Ghana Import Zölle auf Geflügel zu legen wurden sehr schnell wieder gekippt, da die Weltbank Druck auf diese ausübte. Hier greifen führende Industrienationen gezielt ein, um die eigene Vormachtstellung zu erhalten und auszubauen.

Während die G7 auf Elmau über die Aufteilung der Welt und ihrer Ressourcen verhandeln, treibt die politische oder wirtschaftliche Lage weltweit Millionen Menschen dazu, ihre vertrauten Wohnorte zu verlassen, um zu überleben. Doch selbst wenn es ihnen gelingt, die militärisch gesicherten Todesstreifen nach Europa zu überwinden, warten oft menschenunwürdige Zustände in Flüchtlingslagern und Abschiebegefängnissen. Hass und Vorurteile werden längst nicht mehr nur vom rechten Rand geschürt – es mischen auch etablierte Parteien der sogenannten "Mitte" bei der Hetze gegen Menschen in Not mit.
Die G7 exportieren also Krieg und wirtschaftliche Not in alle Welt und bekämpfen dann auch noch die, die vor diesen Zuständen fliehen müssen.

Deshalb:
Organisiert euch! Denn nur gemeinsam können wir unseren Widerstand, für alle wahrnehmbar, auf die Straße bringen! Die G7 stehen für Krieg, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und die Zerstörung der Umwelt – es ist Zeit den G7 und dem Kapitalismus, der eine solche Politik hervorbringt, etwas entgegen zu setzen! Bildet Banden, werdet aktiv und kreativ! Zeigen wir ihnen, dass wir es nicht stumm hinnehmen, wie sie mit unserer Welt und unserer Zukunft umgehen!

Protest rund um den Gipfel:

Geplant sind bisher unteranderem eine Großdemonstration, ein Alternativgipfel, sowie Camps, Blockaden und Aktionen nahe dem Tagungsort der G7 Schloss Elmau.

Mi 03.Juni – Eröffnung der Camps
Do 04.Juni - Alternativgipfel in München, Vorträge, Workshops und Diskussionen auf den Camps
Fr 05.Juni – Aktionstag zum Thema Krieg und Flucht und Migration
Sa 06.Juni – Großdemonstration in Garmisch-Patenkirchen
Sa 06. und So 07. Juni – Blockaden des Gipfels
Infos:stop-g7-elmau.info
http://blockg7.noblogs.org



Gegen jeden Krieg und Militarismus, gegen jede Autorität!

Nachdem wir am 14. September 2012 in Magdeburg aufgrund des Verdachts der Sachbeschädigung gegen die Firma ICL festgenommen worden waren, kurzzeitig in einem anderen Verfahren unsere DNA abgeben sollten (was dann jedoch vom Gericht zurückgewiesen wurde), vier von uns ein Einstellungsangebot erhalten hatten (was wir natürlich abgelehnt haben), haben wir nun nach fast zwei Jahren tatsächlich einen Termin für unsere Hauptverhandlung erhalten. Diese findet am 14. April 2015 um 10 h im Amtsgericht Oschersleben statt. Wir werden jedoch nicht zum Prozess mobilisieren. Es gibt Besseres zu tun, als zu Gericht zu gehen. Wir sehen dem ganzen gelassen entgegen ... Über eure Unterstützung in den letzten zwei Jahren haben wir uns sehr gefreut!

Hallo liebe Genoss_innen, Freund_innen und Interessierte.

Wir, das heißt sechs Beschuldigte aus unterschiedlichen Städten, werden am 14. April diesen Jahres unseren Prozess zu einer uns vorgeworfenen antimilitaristischen Sachbeschädigung haben.

Uns ist in unseren Gesprächen klar geworden, dass der anstehende Prozess als solcher für uns keine besonders große Rolle spielt. Klar, wir müssen uns um Sachen kümmern, Repressionsscheiße besprechen, Kohle ran schaffen usw. aber uns untereinander geht es gut. Wir haben Menschen, die aufeinander achten, uns unterstützen, wir können miteinander reden und Unterschiede aushalten. Wir haben dem Gericht, dem Richter und Staatsanwalt herzlich wenig zu sagen, sie sind weder für uns noch für unser Leben ein Bezugspunkt. Euch hingegen, die mit denen wir Kämpfe und Hoffnungen teilen, wollen wir ein paar Gedanken und Ideen mitteilen.

Ausgangspunkt der ganzen Geschichte ist das erste „War starts here“ Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) 2012, in dessen zeitlichen Rahmen fünf von uns in einer MEK-Aktion unter vorgehaltenen Waffen aus einem Auto in Magdeburg gezogen worden sind. Diesen fünf wird die farbliche Umgestaltung eines Ingenieurbüros vorgeworfen, welches für die Planung der Übungsstadt „Schnöggersburg“ auf dem GÜZ zuständig ist. Dem sechsten Be¬¬schul¬digten wird Beihilfe zur Last gelegt, weil er der Fahrzeughalter des Autos war. Ihm wird in einem weiteren Verfahren „eine versuchte Wehrsabotage“ vorgeworfen, in dessen Verlauf ihm nach achteinhalb Monaten der Verweigerung im September 2014 eine DNA Probe zwangsweise abgenommen wurde. Weitere Informationen zu den Ermittlungskonstrukten findet ihr auf: http://dnasammelwahn.noblogs.org

Wir werden vor Gericht von unseren Gefährt_innen begleitet. Wir haben uns entschieden auf eine größere Mobilisierung zu unserem Prozesstermin zu verzichten. Denn es gibt so viel geeignetere Orte als Gerichtssäle auf dieser Welt. Wir gehen davon aus, dass wir uns an diesen wiedersehen. In diesem Text wollen wir einige Gedanken und Informationen mit euch teilen, die wir im Zusammenhang mit unserem Prozess besonders erwähnenswert finden.

Aufstandsbekämpfung

Austeritätspolitik, Liberalisierung, Präkarisierung - Immer mehr Menschen in Europa fehlt eine ausreichende Grundversorgung, insbesondere in den überschuldeten Staaten der Eurozone. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die betroffenen Bevölkerungen das nicht mehr lange mit machen und vom Protest zu einer entschiedenen Gegenwehr übergehen. Der 18. März 2015 in Frankfurt am Main gibt eine kleine Ahnung davon.

Zumindest für die herrschende Ordnung bedeutet dieses Potential eine Gefahr, die bekämpft werden muss. In mehreren Studien politischer Think-Tanks, wird dargestellt, dass die urbanen Auseinandersetzungen die „Zukunft der Kriegsführung“ sind. So sieht beispielsweise das Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union (ISS) in den „Perspektiven für die Europäische Verteidigung 2020“ die Aufgabe künftiger Militäreinsätze unter anderem im „Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen“.

Aufgrund dieser Einschätzung genügt es nicht mehr allein, die EU nach außen zu schützen und die Interessen in entfernten Kriegen zu vertreten. Es muss zusätzlich die Kontrolle im eigenen Land garantiert werden. Das heißt, hier geht es um die klassische Aufstandsbekämpfung und um eine Aufhebung der Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgabenbereichen.

Zwischen 2010 und 2013 hat die Bundespolizei an 73 gemeinsamen Übungen mit ausländischen Sicherheitskräften teilgenommen u.a. mit Gendarmerien. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen Aufstände und soziale Unruhen ist mit den 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen legal. Und auch der Aufbau von Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskompanien (RSUKr) für den „Heimatschutz“, zur Unterstützung für Polizei bei der Aufstandsbekämpfung zieht die oben genannte politische Linie fort. Diese RSUKr bestehen ausschließlich aus Reservisten der Bundeswehr und sollen seit 2013 aus 27 Kompanien mit einer „Personalstärke von 2.700 Mann“ bestehen. Ihr Einsatz im Rahmen der „Amtshilfe“ ist auch bei der „Bekämpfung organisierter und militärischer bewaffneter Aufständischer“ oder „widerstrebender“ Bevölkerungsteile möglich.

Im Juni 2012 probten deutsche und österreichische Polizeibeamte in Bayreuth das Szenario „Hausbesetzung, Wohnungsdurchsuchung, Schießen, Naturkatastrophe, Schwim¬men und Retten, Begleitschutz“. Ende November 2012 wurde mit belgischen und luxemburgischen Polizeikräften in Bad Bergzabern „Blockadebeseitigung“ geübt. Am 10. Oktober 2013 fand in Quierschied Göttelborn im Saarland die Übung „Demonstration“ statt, an der eine Bereitschaftshundertschaft der saarländischen Polizei, eine Hundertschaft der französischen Gendarmerie mobile und eine Hundertschaft der Compagnies Républicaines de Sécurité teilnahmen. Als Übungslage wurde ein Aufzug mit Zwischen- und Abschlusskundgebung in Anlehnung an das Demonstrationsgeschehen der „Blockupy Aktionstage“ zugrunde gelegt, was die Bundesregierung am 13. Februar 2014 eingestanden hatte.

Die europäischen Regierungen bereiten sich darauf vor, soziale Proteste und Aufstände gemeinsam militärisch niederzuschlagen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die juristischen, technischen und militärischen Vorbereitungen dafür sind weit fortgeschritten.

So wurde 2006 die Europäische Gendamerietruppe, European Gendarmerie Force (EGF oder Eurogendfor) mit Sitz im norditalienischen Vicenza gegründet. In der EGF sind acht europäische Gendarmerien vertreten, die türkische hat einen Beobachterstatus. Laut Wikipedia gehören zum Aufgabenbereich der EGF „der Schutz von Besitztümern und Menschen sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung im Falle einer ‚öffentlichen Störung'.“ Ihre ersten Einsatzgebiete waren Bosnien und Herzegowina, Afghanistan und Haiti. Und auch wenn Deutschland nicht Mitglied in diesem Verein ist, kann die Truppe zur Aufstandsbekämpfung auch in Deutschland eingesetzt werden. Gegen Antiatomproteste im Wendland wurden übrigens bereits französische Gendarmariekräfte bei Prügelüberfällen beobachtet.

Im Juni 2014 verabschiedete der Europäische Rat für Allgemeine Angelegenheiten die Anwendungsbestimmungen für Artikel

222, der auch als „Solidaritätsklausel“ bezeichnet wird. Er legt fest, dass die Europäische Union „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, „wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist“. Als „Katastrophe“ gilt dabei „jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann“, heißt es in einem begleitenden Papier. Ziel gesamteuropäischer Polizei- und Militäreinsätze können demnach auch Streiks, Demonstrationen und Aufstände sein, die kritische Einrichtungen der Infrastruktur oder Banken und Konzerne gefährden.
Nach den Terroranschlägen vom 11. September wurde der ATLAS-Verbund gegründet, eine polizeiliche Spezialeinheit, die mit EU-Geldern finanziert wird. Aus einer politischen Initiative der EU heraus entwickelt, um Terrorismus zu bekämpfen, sollen die Einheiten aber auch gegen schwere Gewaltkriminalität vorgehen. Heute beherbergt der Verbund 37 Eliteeinheiten von 28 EU-Ländern, darunter die deutsche GSG 9. Das Netzwerk koordiniert gemeinsame Schulungen und Übungen, aber vor allem wird gemeinsam geübt.

Gefechtsübungszentrum

In diesem Zusammenhang spielt das Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ), Europas modernster Truppenübungsplatz eine bedeutende Rolle. Von Kämpfen in Städten bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier in der Altmark, in der Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt militärische Interventionen von Luft- und Bodenmilitärtruppen simuliert. Seit 2012 entsteht hier zudem das größte Übungszentrum für Aufstandsbekämpfung Europas. Ab 2017 soll „Schnöggersburg“ für den urbanen Häuserkampf bereitstehen.
Schon jetzt werden auf dem 232 Quadratkilometer großen Truppenübungsplatz jährlich 20.000 bis 25.000 Soldaten aller Truppengattungen inklusive der Sondereinsatzkräfte in sechs kleineren Siedlungen im Häuserkampf trainiert, die bisher „afghanischen und kosovarischen Bedingungen“ nachempfunden wurden. Da die Unruhen und Aufstände nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden aber in Ballungsgebieten beginnen, baut die Bundeswehr die Geisterstadt Schnöggersburg, in der Spezialkommandos und Elitesoldaten für die Niederschlagung sozialer Aufstände realitätsnah ausgebildet und trainiert werden sollen. 520 Gebäude werden auf sechs Quadratkilometern für 100 Millionen Euro gebaut. Das Übungsumfeld wird von Industrieanlagen, über fiktive Autobahn und sogar einen Flugplatz mit einer 1700 Meter langen Graspiste verfügen. Nach der Fertigstellung der 100-Mio-Euro-Geisterstadt werden hier EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den Krieg in der Stadt und gegen die Stadtbevölkerung proben.

ICL-Ingenieur und Consulting

Das Bauplanungsbüro ICL-Ingenieur und Consulting, mit einer Niderlassung in Sülzetal (Ungleichen 3) bei Magdeburg, die von Unbekannten rosa markiert wurde, sowie Büros in Berlin (Michaelkirchplatz 11) und Leipzig (Diezmannstraße 5) sicherte sich am 27.6.2012 die Bauplanung für die Aufstandsbekämpfungsstadt Schnöggersburg mit einem Auftrags-Volumen von 4,5 Mio. Die ICL ist daher Kooperationspartner der Bundeswehr und verdient gut und gerne an der Vorbereitung von Krieg und Aufstandsbekämpfung.

Rheinmetall

Der Betreiber „Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark“ vermietet das Übungsgelände an die Bundeswehr und andere europäische Armeen, ist Dienstleisterin der gesamten Technik und Logistik und leistet die Vorarbeit für die militärischen Analysen. Für rund 70 Mio Euro übernahm der Konzern für weitere 4 Jahre den Weiterbetrieb des GÜZ. Von Anfang an verdiente Rheinmetall an der Rüstung. Bereits der erste und zweite Weltkrieg hat das Unternehmen zu einem der größten Rüstungskonzerne weltweit gemacht. Weder die Beschäftigung von Zwangsarbeiter_innen noch die massive Zerstörung der Produktionsstätten zum Ende des zweiten Weltkriegs konnte die Kontinuität des Düsseldorfer Unternehmens wirksam in Frage stellen. Bis heute läuft das Todesgeschäft des deutschen Großmeisters hervorragend – nunmehr mit einem weltweit engmaschig verteilten Firmennetz.
In Nischni Nowgorod an der Wolga sollte Rheinmetalls größtes und weltweit modernstes Gefechtsübungszentrum entstehen. Mit 500 Quadratkilometern und mehr als 30.000 durchgeschleusten professionellen Mördern eine Art Maxi-Version des GÜZ. Im Zuge der Ukraine-Krise im vergangenen Jahr wurde die Errichtung dieser Übungsanlage in Russland und die Lieferung der dazu nötigen Anlagen zunächst verboten. Seit März 2015 fordert der Rüstungskonzern nun 120 Mio Euro Schadensersatz vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, um im Interesse der Aktionäre des Unternehmens Schäden „zu vermeiden und zu minimieren“. Dabei warten zahlreiche weitere ertragreiche Geschäfte: Rheinmetall und EADS hatten bereits vor drei Jahren darauf gesetzt und die notwendige Zusicherung erhalten, dass auch Deutschland eine Eigenentwicklung von Drohnen vorantreiben wird. Am Rüstungsstandort Bremen wurde dazu 2012 das neue Gemeinschaftsunternehmen Cassidian-Rheinmetall gegründet. Mit Verspätung kam nun das erwartete OK der Bundesregierung für eigene Kampfdrohnen.
Über mehr als ein Jahrzehnt hinweg hat Rheinmetall Defence Electronics wichtige Funktionäre in der griechischen Regierung sowie hohe Militärs geschmiert um abzusichern, dass der Konzern an wichtigen Milliardendeals beteiligt wird. Griechenland hatte mit Panzer- und U-Boot Lieferungen bis weit in die Krisenjahre hinein - gemessen an seiner Wirtschaftsleistung - die höchsten Rüstungsausgaben in der Europäischen Union. Längst läuft das Geschäft auch unterhalb der Großprojekte-Ebene innerhalb der Rüstungssparte konstant. Die gewaltsame Unterdrückung von Aufständen wie 2011 in Bahrain geschieht mit Hilfe des von Rheinmetall Defence gelieferten Tränengases - Der Tod bleibt ein Meister aus Deutschland.
Gegen jeden Militarismus, gegen jeden Krieg, gegen jede Autorität!
Schauen wir zurück auf die letzten Jahre so wird schnell deutlich, dass Krieg kein historisches Phänomen ist, sondern traurige Aktualität besitzt. Ob neokoloniale Interventionen oder Bürgerkriege, es scheint als sei Krieg weiterhin ein lohnenswertes und legitimes Mittel für die Absicherung von Herrschaft. Ob Rüstung oder Beteiligung im internationalen Militarismus, auch die BRD ist dauerhaft aktiv an Kriegen beteiligt. Es ist wichtig zu erkennen, dass die Kriege der Herrschaft Konflikte sind, in denen wir uns aus revolutionärer Perspektive verweigern müssen.
Gegen jeden Krieg! Denn alles andere würde bedeuten ihre Logik der Notwendigkeit zu rechtfertigen und dem Militarismus zu verfallen. Revolutionärer Widerstand wird jedoch immer wieder vor genau diese Probe gestellt werden und beweisen müssen, sich nicht vor den Karren des kleineren Übels spannen zu lassen. Wir wollen selbstorganisierte und antiautoritäre Kämpfe für die Freiheit und werden weiterhin jede Uniform und jeden Befehl verweigern! Im täglichen Zwiespalt zwischen angeblichem sozialen Frieden und systematischer Gewalt und Ausbeutung, die diese vorgetäuschte Ruhe sichern, müssen wir der Normalität entschieden ein Ende setzen.

Einige Betroffene & Unterstützer_innen
13. April 2015

PS.: Der Prozess endete nach nur 45 Min. mit einer krachenden Bauchlandung für Staatsanwaltschaft und LKA: Einstellung, Übernahme aller Koste durch den Staat!

Sechs Thesen über die Angst, warum sie effektiv Militanz verhindert und eine mögliche Strategie zu ihrer Überwindung

Alle haben ständig Angst. Angst vor Terrorismus. Angst vor Migrant_innen. Angst vor Epidemien. Aber eben auch: Angst, nicht mehr mithalten zu können im Hamsterrad. Angst vorm Jobverlust. Angst vorm Versagen. Diese Ängste sind das öffentliche Geheimnis unserer Gesellschaft, so das "Institute for Precarious Consciousness" in diesem erstmals vollständig auf Deutsch vorliegenden Text. Dass die Angst strukturelle Ursachen hat, muss ausgesprochen werden, damit wir Gegenstrategien entwickeln können. Ihr Vorschlag: Mit der Analyse unserer alltäglichen Erfahrungen beginnen, denn nur so werden wir herausfinden, wie wir den Kapitalismus gemeinsam überwinden können.

1: Jede Phase des Kapitalismus verfügt über ihren eigenen, vorherrschenden, reaktiven Affekt(1)

Jede Phase des Kapitalismus verfügt über einen bestimmten Affekt, der ihn zusammenhält. Das ist keine statische Situation. Die Vorherrschaft eines bestimmten Affekts(2) ist nur so lange aufrechtzuerhalten, bis Strategien des Widerstands formuliert worden sind, die den Affekt und/oder seine gesellschaftlichen Ursachen zerstören können. Daher gerät der Kapitalismus ständig in Krisen und reorganisiert sich um neue vorherrschende Affekte.(3)

Alle diese Affekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein öffentliches Geheimnis sind, etwas, was alle wissen, aber über das niemand redet und das niemand zugibt. Solange der vorherrschende Affekt ein öffentliches Geheimnis ist, bleibt er wirksam und Widerstandsstrategien können nicht entstehen.

Öffentliche Geheimnisse sind typischerweise personalisiert. Das Problem ist nur auf der individuellen, psychologischen Ebene zu beobachten; die sozialen Bedingungen, die das Problem hervorbringen, bleiben verborgen. Jede Phase macht die Opfer verantwortlich für das Leid, welches ihnen das System zufügt. Und ein fundamentaler Teil der Funktionslogik des Systems wird als zufällig und begrenzt dargestellt.

In der Moderne (bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs) war das Elend der vorherrschende Affekt. Dass der Kapitalismus zu allgemeinem Wohlstand führt, war die herrschende Erzählung des 19. Jahrhunderts. Das öffentliche Geheimnis, das mit dieser Erzählung korrespondierte, war das Elend der Arbeiter_innenklasse. Das Öffentlichmachen dieses Elends war die Tat von Revolutionär_innen. Die erste Welle moderner sozialer Bewegungen im 19. Jahrhundert war eine Maschine zur Bekämpfung des Elends. Mit Taktiken wie Streiks, Lohnkämpfen, politischer Organisation, gegenseitiger Hilfe, Kooperativen und Streikkassen wurde die Macht des Elends durch die Sicherstellung einer sozialen Mindestsicherung effektiv überwunden. Einige dieser Strategien wirken immer noch bei der Bekämpfung des Elends.

Als Elend nicht mehr als Kontrollstrategie funktioniert hat, wechselte der Kapitalismus zur Langeweile. Mitte des 20. Jahrhunderts besagte die vorherrschende gesellschaftliche Erzählung, dass der Lebensstandard, welcher den Zugang zu Konsum, Gesundheitsversorgung und Bildung erleichterte, anstieg. In den reichen Ländern waren alle glücklich, und die armen Länder waren auf dem Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung. Das öffentliche Geheimnis war, dass sich alle langweilten. Das war ein Effekt des fordistischen Systems, welches bis in die 1980er Jahre vorherrschend war; das System basierte auf lebenslanger Vollzeitbeschäftigung, den Garantien des Sozialstaats, Massenkonsum, Massenkultur, und der Einbindung der Arbeiter_innenbewegung, die einst aufgebaut worden war, um das Elend zu bekämpfen. Arbeitsplatzsicherheit und soziale Absicherung reduzierten Angst und Elend, aber die Jobs waren langweilig und bestanden aus einfachen, repetitiven Aufgaben. Der Kapitalismus in der Mitte des letzten Jahrhunderts bot alles Überlebensnotwendige, aber er eröffnete keine Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung; das System basierte auf der Zwangsernährung seiner saturierten Bevölkerung.

Selbstverständlich hatten nicht alle Arbeiter_innen im Fordismus feste oder sichere Jobs, aber dies war das zentrale Modell, um das herum das System arrangiert war. In dieser Phase gab es drei Deals, der sogenannte B-Arbeiter_innen-Deal - Langeweile für Sicherheit - steht exemplarisch für das Zusammentreffen von Fordismus und Langeweile. Der B-Arbeiter_innen-Deal ist größtenteils beseitigt worden, weshalb heute eine große Lücke zwischen den A- und C-Arbeiter_innen (die Insider der Konsumgesellschaft sowie die autonomen und unsicheren Außenseiter_innen) klafft.

2: Der aktuelle Widerstand entstand in den 1960er Jahren als Reaktion auf den vorherrschenden Affekt der Langeweile

Wenn jede Phase des herrschenden Systems über einen vorherrschenden Affekt verfügt, dann benötigt jede Phase des Widerstands Strategien, um diesen Affekt zu besiegen oder aufzulösen. Wenn die erste Welle sozialer Bewegungen eine Maschine zur Bekämpfung des Elends war, dann war die zweite Welle (der 1960er und 1970er Jahre oder, weitergefasst, der 1960er – 90er) eine Maschine zur Bekämpfung der Langeweile. Unsere eigenen Bewegungen entstanden während dieser Welle, die weiterhin einen Großteil unserer Theorien und Praktiken beeinflusst.

Die meisten Taktiken unserer Zeit waren und sind Fluchtwege aus dem Kreislauf von Arbeit, Konsum und Tod. Die Situationist_innen waren Wegbereiter_innen einer ganzen Serie von Taktiken gegen die Langeweile. Sie verkündeten: „Wir wollen keine Welt, in der die Garantie, nicht zu verhungern, mit der Gefahr erkauft wird, vor Langeweile zu sterben.“ Die Autonomia bekämpfte die Langeweile durch die Verweigerung der Arbeit, sowohl in der Arbeit (durch Sabotage und Bummelstreiks) als auch gegen sie (durch Faulenzen und Aussteigen). Diese Protestformen waren Teil eines weitverbreiteten gegenkulturellen Exodus aus den herrschenden Formen langweiliger Arbeit und langweiliger sozialer Rollen.

In der feministischen Bewegung der 1960er entstand die Theorie von der systembedingten „Malaise der Hausfrau“. Später kamen, auch durch Texte und Aktionen (von „Der Mythos vom vaginalen Orgasmus“ bis zu den öffentlichen Treffen der Redstokkings zu Abtreibungen), weitere Ursachen für Unzufriedenheit ans Tageslicht. Ähnliche Tendenzen lassen sich beim Theater der Unterdrückten, der kritischen Pädagogik, den Hauptformen der direkten Aktion (karnevalesk, militant und pazifistisch) und noch in den Bewegungen der 1990er, wie z. B. der Free-Party-Bewegung, Reclaim the Streets, der Do-it-yourself-Kultur und der Hacker-Kultur, beobachten.

Die Neuorientierung vom Elend zur Langeweile war für das Entstehen einer neuen Welle der Revolte entscheidend. Wir befinden uns am Ende dieser Welle. Ebenso wie die Taktiken der ersten Welle nach wie vor gegen das Elend wirken, wirken die Taktiken der zweiten Welle immer noch gegen die Langeweile. Schwierigerweise sind wir seltener mit der Langeweile als Hauptgegner konfrontiert. Deshalb steckt militanter Widerstand zurzeit in einer Sackgasse fest.

3: Der Kapitalismus hat den Kampf gegen Langeweile weitgehend absorbiert

Im Kampf gegen die Langeweile erobertes Terrain musste teilweise wieder aufgegeben

werden. Der Kapitalismus folgte dem Exodus an Orte jenseits der Arbeit und schuf so die gesellschaftliche Fabrik, ein Feld, auf dem die ganze Gesellschaft wie ein Arbeitsplatz organisiert ist. Die Prekarität wird genutzt, um Menschen auf dem vergrößerten Feld der Arbeit, das jetzt die ganze gesellschaftliche Fabrik beinhaltet, wieder zur Arbeit zu zwingen.
Hierfür lassen sich zahlreiche Fälle anführen. Firmen haben das Modell flacher Hierarchien übernommen und regen ihre Angestellten nicht nur an, ihre Arbeit selbst zu verwalten, sondern gleich ihre Seele zu investieren. Die Konsumgesellschaft hält eine größere Bandbreite an Nischenprodukten und Angeboten zur ständigen Zerstreuung bereit, welche nicht mehr so stark wie zuvor durch den Massengeschmack bestimmt sind. Neue Produkte, wie Videospiele und Social Media, basieren auf mehr aktiver, individueller Mitwirkung und führen zugleich zu sozialem Rückzug. Erfahrungen in der Arbeit unterscheiden sich sowohl durch Mikro-Lohnanpassungen und Leistungsmanagement als auch durch die Verbreitung von Gelegenheitsjobs und quasi-selbstständigen Arbeitsbedingungen an den Rändern des Kapitalismus immer stärker voneinander. Der Kapitalismus hat das Wachstum obsessiv gepflegter, medialer Zweitidentitäten – das Selbst, wie es sich durch soziale Medien, sichtbaren Konsum und lebenslanges Lernen darstellt – begünstigt. Viele Formen des Widerstands der vorherigen Phase wurden neutralisiert oder als handzahme Version wiederbelebt, nachdem das Original unschädlich gemacht worden war: zum Beispiel ersetzen die kommerzielle Disco und das Musikfestival den illegalen Rave.

4: Angst ist der vorherrschende, reaktive Affekt im Kapitalismus der Gegenwart

Das öffentliche Geheimnis ist, dass heute alle Angst haben. Angst hat sich von zuvor eingegrenzten Bereichen (wie der Sexualität) auf das Ganze des sozialen Feldes ausgedehnt. Angst drückt allen Formen von Intensität, Selbstdarstellung, emotionaler Verbindung, Dringlichkeit und Vergnügen ihren Stempel auf. Angst ist der Dreh- und Angelpunkt der Unterordnung geworden.
Die facettenreiche Omnipräsenz des Überwachungsnetzes spielt eine große Rolle in der gesellschaftlichen Festigung der Angst. Der Geheimdienst, Überwachungskameras, die beständige Evaluation der Arbeitsleistung, das Jobcenter, das Privilegiensystem im Gefängnis, die regelmäßige Überprüfung und Bewertung der jüngsten Schulkinder. Aber dieses sichtbare Netz ist nur die äußere Schale.
Wir müssen darüber nachdenken, wie die neoliberale Vorstellung von Erfolg dazu führt, dass der Großteil der Bevölkerung die Überwachungsmechanismen, die sich in die Subjektivitäten und Lebensgeschichten einschreiben, verinnerlicht. Wir müssen darüber nachdenken, wie die wissentliche und vordergründig freiwillige Selbstexponierung durch Social Media, sichtbaren Konsum und Positionierung auf dem Meinungsfeld auch eine Performance unter dem immerwährenden Blick eines virtuellen anderen ist. Wir müssen darüber nachdenken, wie dieser Blick verändert, wie wir uns finden, messen und kennen, als Darsteller_innen einer niemals endenden Aufführung. Im Gegenzug beeinflusst unser Erfolg in dieser Aufführung alles, von der Möglichkeit, menschliche Wärme zu spüren, bis zur Finanzierung unseres Lebensunterhaltes durch Einkommen oder durch Kredite. Das Feld der medialen Überwachung breitet sich bis in die letzten Nischen aus, während öffentlicher Raum bürokratisiert und privatisiert wird. Immer mehr menschliche Aktivitäten werden kriminalisiert, weil sie Risikofaktoren, Sicherheitsgefährdungen, Belästigungen, Einschränkungen der Lebensqualität oder antisoziales Verhalten darstellen.

In diesem zunehmend Sicherheitsaspekten unterworfenen und einsehbaren Feld wird von uns verlangt zu kommunizieren. Das Unkommunizierbare wird ausgeschlossen. Weil alle ersetzbar sind, kann das System jede Person jederzeit abkoppeln. In einer Situation, in der Alternativen im Vorhinein ausgeschlossen sind, hat die gewaltsame Abkopplung die Desozialisation(4) zur Folge, was zu einer absurden Nichtwahl zwischen desozialer Inklusion und desozialer Exklusion führt. Diese Drohung manifestiert sich im Kleinen in den heutigen Disziplinartechniken – von der Time-out-Technik und Internetsperren bis Kündigungen und Sanktionen beim Amt – und kulminiert in der drakonischen Isolationshaft, wie es sie in Gefängnissen gibt. Solche Regime sind der Nullpunkt der Kontrolle durch Angst: In einer Umgebung ständiger Gefahr werden alle Koordinaten der Zusammengehörigkeit ausgelöscht, um den Zusammenbruch der Persönlichkeit hervorzurufen.
Der gegenwärtig vorherrschende Affekt der Angst ist auch als Prekarität bekannt. Prekarität ist eine Art der Unsicherheit, die es erlaubt, Menschen als austauschbar zu behandeln, um Kontrolle auszuüben. Prekarität unterscheidet sich vom Elend insofern, als die Lebensnotwendigkeiten nicht schlicht abwesend sind. Sie sind vorhanden, allerdings ist der Zugang zu ihnen an Bedingungen geknüpft.
Prekarität führt zu verallgemeinerter Hoffnungslosigkeit; einer konstanten, körperlichen Angespanntheit ohne Erholung. Eine wachsende Zahl junger Menschen lebt noch zu Hause. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – über 10 % in Großbritannien – nimmt Antidepressiva. Die Geburtenrate sinkt, da viele Menschen, unter dem Eindruck der Unsicherheit, der Familiengründung abgeneigt sind. In Japan verlassen Millionen junger Menschen – die Hikikomori – niemals ihre Wohnungen, während sich wortwörtlich zu Tode zu arbeiten die Ausmaße einer Epidemie angenommen hat. Umfragen zeigen, dass die Hälfte der britischen Bevölkerung Einkommensunsicherheit erlebt. Wirtschaftliche Aspekte des Systems beinhalten schlanke Produktion, Finanzialisierung und daraus resultierend Schuldsklaverei, rasante Kommunikation und Kapitalabwanderung und die Globalisierung der Produktion. Es wird immer üblicher, dass sich alle gegenseitig an ihren Arbeitsplätzen beobachten, denken wir etwa an Call Center. Dort wird versucht die erforderliche „Serviceorientierung" aufrechtzuerhalten sowie die ständigen Tests und Überprüfungen der quantitativen Zielvorgaben (Zahl der Anrufe) zu überstehen. Zudem wird den meisten Arbeiter_innen ein fester Job verweigert (sie müssen sechs Monate arbeiten, um einen Job zu bekommen, anstatt ausgebildet zu werden). Image Management führt dazu, dass die Kluft zwischen den offiziellen Regularien und dem, was wirklich passiert, größer als je zuvor ist. Und das Klima nach Nine-Eleven leitet diese weitverbreitete Angst in die globale Politik.

5: Angst ist ein öffentliches Geheimnis

Übermäßige Angst und Stress sind ein öffentliches Geheimnis. Wenn überhaupt darüber gesprochen wird, werden sie als individuelle, psychologische Probleme verstanden, für die oft gestörte Denkmuster oder mangelnde Anpassung verantwortlich gemacht werden.
Die herrschende gesellschaftliche Erzählung suggeriert sogar, dass wir mehr Stress brauchen, um abgesichert (durch Securitization(5)) und konkurrenzfähig (durch Leistungsmanagement) zu bleiben. Jede moralische Panik, jedes Durchgreifen der Regierung oder jede neue repressive Gesetzeswelle erzeugt mehr, aus der allgemeinen Überregulierung entstehende, Angst und Stress. Reale menschliche Unsicherheit wird für die wachsende Securitization genutzt. Dies ist ein Teufelskreis, weil Securitization die Zustände (Ersetzbarkeit, Überwachung, intensive Regulierung) verschlimmert, die die ursprüngliche Angst auslösen. Die Sicherheit des Heimatlandes wird faktisch als Substitut für die Sicherheit des Selbst benutzt. Auch dafür gibt es Vorbilder:

Die nationale Begeisterung wurde als Kompensation für das Elend genutzt und der globale Krieg, um die von der Langeweile erzeugte Frustration zu kanalisieren.
Angst wird auch nach unten kanalisiert. Der Verlust der Kontrolle über das eigene Leben führt zum zwanghaften Bemühen, durch Mikromanagement Kontrolle über irgendetwas oder irgendwen wiederzuerlangen. Erziehungstechniken werden zum Beispiel als Mittel beworben, die Angst der Eltern zu verringern, weil sie klare Handlungsanweisungen bieten, die die Eltern befolgen können. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene befeuern latente Ängste, die aus der Prekarität entstehen, obsessive Projekte sozialer Regulation und sozialer Kontrolle. Diese latente Angst wird zunehmend auf Minderheiten projiziert.
Angst wird auf unterschiedliche Arten personalisiert: vom Diskurs der Neuen Rechten, der die Armen für ihre Armut verantwortlich macht bis zu modernen Therapien, die Angst als neurologisches Ungleichgewicht oder dysfunktionale Denkweise behandeln. Hundert Varianten des Managementdiskurses – Zeitmanagement, Wutmanagement, Erziehungsmanagement, Selbstvermarktung – bieten ängstlichen Subjekten die Illusion von Kontrolle im Austausch für immer mehr Konformität mit dem kapitalistischen Modell von Subjektivität. Und viele weitere Diskurse über Sündenböcke und Kriminalisierung behandeln Prekarität als eine Frage von abweichendem Verhalten, Verantwortungslosigkeit oder pathologischer Selbstausgrenzung. Viele dieser Diskurse bemühen sich, den Überbau des Fordismus (Nationalismus, soziale Integration) ohne seine Basis (eine Nationalwirtschaft, Sozialstaat, Arbeit für alle) aufrechtzuerhalten. Der Glaube an die individuelle Verantwortlichkeit, der Schutzlosigkeit und Austauschbarkeit verstärkt, ist für diesen Backlash charakteristisch. Darüber hinaus gibt es noch das Geschäft mit dem Selbstwertgefühl, die Welle der Medienberichte, in denen den Menschen erzählt wird, wie sie durch positives Denken erfolgreich werden können, als wären die Quellen von Angst und Frustration bloße Illusion. Das weist auf die Tendenz hin, sowohl die Probleme, die mit der Arbeit im Zusammenhang stehen, als auch jene, die die Psychologie betreffen, zu privatisieren.

Wir haben oben argumentiert, dass Menschen sozial isoliert sein müssen, damit das öffentliche Geheimnis wirksam bleibt. Das ist in der gegenwärtigen Situation der Fall, in der authentische Kommunikation immer seltener wird. Kommunikation durchdringt mehr Bereiche als je zuvor, aber es wird zunehmend über Kanäle kommuniziert, die das System verwaltet. Daher werden Menschen auf vielfältige Weise von tatsächlicher Kommunikation abgehalten, obwohl das System verlangt, dass alle vernetzt und kommunikationsbereit sind. Menschen passen sich der Forderung zu kommunizieren eher an, als dass sie ihre wahren Gedanken ausdrücken und unterwerfen sich in verwalteten Räumen einer Selbstzensur. Ebenso lindert affektive Arbeit nicht die Angst; das Leiden der Arbeiter_innen wird verschlimmert und als Konsument_innen werden sie lediglich abgelenkt (Untersuchungen haben ergeben, dass es zu schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen führt, wenn Arbeiter_innen Zufriedenheit vortäuschen müssen).
Das Ausmaß der Kommunikation ist irrelevant. Die Neuzusammensetzung – Neuverbindung – der befreienden sozialen Kräfte kann nicht von statten gehen, bis es Kanäle gibt, auf denen das öffentliche Geheimnis mitgeteilt werden kann. So gesehen sind Menschen heutzutage im Grunde so allein wie nie zuvor. Für die meisten Menschen ist es schwierig, die Realität ihrer Erlebnisse und ihrer Gefühle anzuerkennen. Alles muss quantifiziert oder vermittelt werden (quasi medial übertragen) oder – was uns betrifft – bereits als politisch anerkannt werden, um als echt zu gelten. Das öffentliche Geheimnis erfüllt diese Kriterien nicht und bleibt daher unsichtbar.

6: Die gängigen Taktiken und Theorien wirken nicht. Wir brauchen neue Taktiken und Theorien, um die Angst zu bekämpfen.
Wenn Mobilisierungen und tatsächlicher sozialer Wandel beginnen, fühlen sich Menschen ermächtigt. Sie haben die Möglichkeit sich frei auszudrücken, sie erleben eine gewisse Authentizität und dass Repression und Entfremdung zurückgedrängt werden. Das kann Depression und psychologische Probleme wirksam bekämpfen; sozusagen ein Hochgefühl. Das ist es, was politischer Aktivität Kraft gibt.
Solche Erfahrungen sind in den letzten Jahren viel seltener geworden.
Richten wir unsere Aufmerksamkeit auf zwei verwandte Entwicklungen: Prävention und Bestrafung durch Verfahren. Präventive Taktiken stoppen Proteste bevor sie beginnen oder bevor sie etwas erreichen können. Kessel, Massengewahrsam, Personenkontrollen und Durchsuchungen, Abriegelung von Straßenzügen, Hausdurchsuchungen und Polizeigewahrsamnahmen sind Beispiele solcher Taktiken. Bestrafung durch Verfahren findet statt, wenn Menschen durch Verfahren, die für andere Zwecke entwickelt wurden, Angst, Schmerz oder Verletzlichkeit ausgesetzt werden. Dazu gehört, Menschen vor ihrer Anklage oder ihrem Gerichtsverfahren strenge, ihren Alltag störende Kautionsauflagen zu erteilen, der Gebrauch von Flugverbots- und Ausreiseverbotslisten, um bekannte Dissident_innen zu schikanieren, das Durchführen brutaler Hausdurchsuchungen im Morgengrauen, das unnötige Veröffentlichen von Porträtfotos in der Presse, Gewahrsamnahmen auf Verdacht (manchmal gleichzeitig zur Erfüllung von Quoten), das Anwenden von Schmerzgriffen oder die Bekanntmachung unter der Hand, dass jemand überwacht wird. Hat sich die Furcht vor staatlichen Eingriffen erst einmal verbreitet, wird sie verstärkt durch ein Netz sichtbarer Überwachung, das sich über den kompletten öffentlichen Raum erstreckt und als strategisch angeordneter Auslöser von Trauma und Angst fungiert.

Es gibt viele Horrorgeschichten über die Auswirkungen solcher Taktiken, die als Fallbeispiele dienen können: Menschen, die jahrelang auf ihre Gerichtsverhandlung warten mussten und nach ihrem Freispruch ein nervliches Wrack waren, die nach Monaten ohne Kontakt zu Freund_innen und Familie Selbstmord begingen oder nach Misshandlungen Angst haben, vor die Tür zu gehen. Die Auswirkungen sind genauso real, als würde der Staat Menschen töten oder verschwinden lassen, aber sie werden größtenteils unsichtbar gemacht. Zudem sind viele Radikale prekär beschäftigt oder auf das strafende Regime des Sozialstaats angewiesen. Wir versagen dabei, der verallgemeinerten Produktion der Angst zu entkommen.
Wenn die erste Welle eine Maschine zur Bekämpfung des Elends und die zweite eine Maschine zur Bekämpfung der Langeweile bereitstellte, dann brauchen wir heute eine Maschine zur Bekämpfung der Angst, die wir aber noch nicht haben. Wenn wir den Standpunkt der Angst beibehalten, haben wir noch nicht „die Umkehrung der Perspektive", wie die Situationist_innen es nannten, vollzogen, die die Wünsche statt der Macht zum Ausgangspunkt macht. Die heutigen Formen des Widerstands sind größtenteils im Kampf gegen die Langeweile entstanden und funktionieren nicht mehr, weil Angst Langeweile ersetzt hat.
Der derzeitige Widerstand bekämpft die Angst nicht und kann es auch gar nicht. Er begibt sich häufig absichtlich in Situationen starker Angst. Insurrektionalist_innen6 überwinden die Angst, indem sie negative Affekte in Wut verwandeln und die Wut als motivierenden Affekt zum Angriff nutzen. In vielerlei Hinsicht entsteht so eine Alternative zur Angst. Allerdings ist es für Menschen schwer, aus Angst Wut zu entwickeln und häufiger geschieht durch Traumata das

Gegenteil. Uns ist eine gewisse Tendenz bei Insurrektionalist_innen aufgefallen, die psychologischen Hürden nicht ernst zu nehmen, die Menschen von militanten Aktionen abhalten. Sie neigen dazu „Mach's doch einfach!“ zu antworten. Aber Angst ist eine reale, materielle Kraft und kein Hirngespinst. Selbstverständlich haben die Ursachen oft mit Hirngespinsten zu tun, aber aus dem Griff dieser Hirngespinste kann sich nur höchst selten durch bewusstes Zurückweisen gelöst werden. Eine ganze Reihe psychologischer Blockaden liegt der scheinbaren Macht der Hirngespinste zugrunde, die letztendlich Folgen des reaktiven Affekts sind. „Mach's doch einfach!“ zu sagen, ist wie zu einem Menschen mit gebrochenem Bein „Lauf doch einfach!“ zu sagen.

Die Situation fühlt sich hoffnungslos und unausweichlich an, aber das ist sie nicht. Sie fühlt sich wegen der Folgen der Prekarität so an: andauernder, starker Stress, die Reduzierung der Zeit auf eine ewige Gegenwart, die Verletzlichkeit jedes vereinzelten (oder systemisch, medial vermittelten) Individuums, die Überlegenheit des Systems in allen Sphären des sozialen Raums. Strukturell ist das System verletzbar. Die Abhängigkeit von der Angst ist eine verzweifelte Maßnahme in Ermangelung stärkerer Formen der Konformität. Der Versuch des Systems am Leben zu bleiben, indem es Menschen das Gefühl gibt machtlos zu sein, erzeugt unerwartete Risse und den Ausbruch von Aufständen. Wie schaffen wir es jetzt, uns nicht mehr ohnmächtig zu fühlen?

7: Wir brauchen eine neue Art prekaritätsorientierter Bewusstseinsbildung

Um der Angst etwas entgegensetzen zu können, müssen wir noch mal ganz von vorne anfangen. Wir müssen unseren Fundus an Wissen und Theorien von Grund auf erneuern. Zu diesem Zweck müssen wir massenhaft Diskussionen führen, die die Schnittpunkte darstellen zwischen den Erfahrungen mit der gegenwärtigen Situation und Theorien ihrer Transformation. Wir müssen diesen Prozess mit allen ausgeschlossenen und unterdrückten Schichten der Bevölkerung beginnen. Aber es gibt keinen Grund, warum wir nicht mit uns selbst beginnen sollten.

Um die Möglichkeit für solche Praxen zu ermitteln, hat das „Institute“ Nachforschungen zu ähnlichen Versuchen angestellt. Aus einer Untersuchung der Schilderungen feministischer Bewusstseinsbildung in den 1960er und 1970er Jahren haben wir die folgenden zentralen Merkmale zusammengefasst:

Schaffung einer neuen, auf Erfahrungen bezogenen Theorie

Wir müssen uns wieder mit unseren Erfahrungen beschäftigen, statt mit den Theorien vergangener Phasen. Die Idee ist, dass die Wahrnehmung unserer eigenen Situationen veranschaulicht werden muss, da sie durch herrschende Vorannahmen blockiert oder eingeengt wird. Der Fokus sollte auf den Erfahrungen liegen, die mit dem öffentlichen Geheimnis in Beziehung stehen. Solche Erfahrungen müssen erzählt und gesammelt werden – zuerst in Gruppen und dann öffentlich.

Anerkennung der Realität und der systemischen Natur unserer Erfahrungen

Die Überprüfung der Realität unserer Erfahrungen ist hiervon ein wichtiger Teil. Wir müssen uns vergewissern, dass unser Schmerz tatsächlich Schmerz ist, dass das, was wir sehen und fühlen real ist und dass unsere Probleme nicht nur persönliche sind. Manchmal bedeutet das, Erfahrungen zu durchleben, die wir nicht berücksichtigt oder unterdrückt hatten. Manchmal bedeutet das, die Personalisierung der Probleme anzugehen.

Transformation der Gefühle

Menschen werden von unnennbaren Gefühlen und davon, dass sie sich allgemein Scheiße fühlen, gelähmt. Diese Gefühle müssen in ein Empfinden von Ungerechtigkeit verwandelt werden, in eine Wut, die weniger verbittert und dafür fokussierter ist, in Selbstentfaltung und in die Reaktivierung von Widerstand.

Die Stimme erheben

Die Kultur des Schweigens, die das öffentliche Geheimnis umgibt, muss beendet werden. Existierende Vorannahmen müssen in Frage gestellt und der Bulle im Kopf muss rausgeschmissen werden. Durch das Erheben der Stimme legt die sprechende Person, und nicht mehr das System, Zeugnis über Wahrheit und Wirklichkeit ab und trägt so zu einem Perspektivenwechsel bei – die Welt wird aus der eigenen Perspektive und eingedenk der eigenen Wünsche betrachtet, statt durch das System vermittelt. Die Verknüpfung unterschiedlicher Erlebnisse und Geschichten ist ein wichtiger Weg zur Wiedererlangung der Stimme. Der Prozess beinhaltet sowohl das Aussprechen als auch das Vermitteln.

Konstruktion eines Raums ohne Entfremdung

Soziale Separation wird durch die Existenz eines solchen Orts reduziert. Der Raum bietet kritische Distanz zum eigenen Leben und eine Art emotionales Sicherheitsnetz, um Transformationen zu erproben und Ängste abzubauen. Er sollte nicht einfach eine Selbsthilfemaßnahme sein, um existierende Aktivitäten aufrechterhalten zu können, sondern ein Ort zur Rekonstruktion einer radikalen Perspektive.

Analyse und Theorie struktureller Ursachen, die auf ähnlichen Erfahrungen basieren

Es geht nicht darum, von Erlebnissen zu erzählen, sondern darum, sie durch Theoretisierung zu transformieren und zu restrukturieren. Teilnehmende verändern die herrschende Bedeutung ihrer Erfahrungen, indem sie sie unterschiedlichen Annahmen zuordnen. Dies geschieht häufig, wenn Muster in Erlebnissen entdeckt werden, die zu befreiender Theorie in Beziehung stehen und wenn persönliche Probleme sowie kleine Ungerechtigkeiten als Symptome weitverbreiteter, struktureller Probleme erkannt werden. Das führt zu einer neuen Perspektive, einem Vokabular von Motiven; einem anti-anti-politischen Horizont.

Das Ziel besteht darin, dass es Klick macht. Das ist der Moment, in dem das Verhältnis der strukturellen Ursachen der Probleme zu den eigenen Erfahrungen plötzlich Sinn ergibt. Dieses Klicken fokussiert und transformiert die Wut. Besseres Verstehen kann im Gegenzug psychologischen Druck abbauen und macht es leichter mit Wut, statt mit Depression oder Angst zu reagieren. Es kann sogar möglich sein, solche Gruppen als Form der Selbsthilfe zu bewerben und Menschen, die die anpassungsorientierten und Selbstwert steigernden Therapien ablehnen, zu ermutigen, sich ihnen anzuschließen.

Das Resultat wäre eine Bezugsgruppe, die eher auf Perspektive und Analyse, als auf Aktion ausgerichtet ist. Es muss allerdings weithin anerkannt sein, dass diese neue Wahrnehmung in irgendeine Form von Aktion mündet; sonst wäre das nur frustrierend und introspektiv.

Diese Strategie wird unserer Praxis auf unterschiedliche Weise helfen. Erstens können wir in diesen Gruppen potenzielle Kompliz_innen finden. Zweitens können sie Menschen auf zukünftige Momente der Revolte vorbereiten. Drittens haben sie das Potenzial, das gesamte Feld öffentlicher Meinung in einer Art und Weise zu verändern, dass Aktionen erleichtert werden. Sie könnten dafür sorgen, dass radikale und dissidente Konzepte geläufig werden, was sie den meisten Menschen heute nicht sind. Angst wird verstärkt durch die Tatsache, dass niemals klar ist, was der Markt von uns

will und dass die unspezifischen Forderungen, die unsere Konformität herbeiführen sollen, von uns nicht antizipiert werden können. Selbst die konformsten Menschen sind heutzutage ersetzbar, etwa wenn neue Managementtechnologien oder Produktionstechniken eingeführt werden. Eine der Funktionen der Kleingruppendiskussionen und der Bewusstseinsbildung ist es, eine Perspektive zu entdecken, von der aus die Situation interpretiert werden kann.

Ein Hauptproblem wird sein, unter dem Eindruck knapper Zeit und vielfältiger anderer Aufgaben, verbindlich und regelmäßig Zeit zu investieren. Der Prozess hat eine geringere Geschwindigkeit und eine stärkere menschliche Ebene als heutzutage kulturell akzeptiert ist. Allerdings kann die Tatsache auch attraktiv sein, dass Gruppen eine Atempause von alltäglichen Konflikten bieten und vielleicht wirkt ein ruhigerer Stil der Interaktion und des Zuhörens entlastend. Teilnehmende müssten wieder lernen mit ihrer eigenen Stimme zu sprechen (statt eine neoliberale Performance aufzuführen, die dem Drang banale Informationen zu teilen, entstammt), zuzuhören und zu analysieren.

Die Komplexität der Erfahrungen ist ein weiteres Problem. Persönliche Erfahrungen sind auf Grund der nuancierten Diskriminierungen, die in den semio-kapitalistischen7 Code eingebaut sind, ungemein ausdifferenziert. Deshalb ist der analytische Teil des Prozesses besonders wichtig. In erster Linie sollte der Prozess neue Vorschläge zu den Ursachen der Angst entwickeln. Diese Vorschläge können die Grundlage sein für neue Formen der Kämpfe, neue Taktiken und das Aufbäumen einer aktiven Kraft gegen die gegenwärtige Unterdrückung: eine Maschine zur Bekämpfung der Angst.

Institute for Precarious Consciousness

Fußnoten:

1. Affekt w rd def n ert a s Gefüh s und Gemütsbewegung von großer Br sanz, ger nger Latenz und energ s erender Dynam k (Mot vat on), e nhergehend m t e ngeengter Wahrnehmung (Aufmerksamke tsverzerrungen und Tunne b ck), ggf. e ner Überforderung der W enskontro e und starker Ausdruckskraft. Dazu kommt e ne Bete gung des motor schen und vegetat ven Nervensystems sow e e ne Bete gung des Systems der sog. Botenstoffe und der Hormone. Vere nfacht gesagt hande t es s ch um e n psychosomat sches Ere gn s m t kommun kat ven, mot vat ona en und kogn t ven Fo gen. Pos t ver Affekt geht bspw. m t verstärktem Läche n, Annäherungsverha ten und heur st scher Informat onsverarbe tung e nher, negat ver Affekt m t m ssb gendem Ges chtsausdruck, Verme dungsverha ten und systemat scher Informa t onsverarbe tung. (Anm. d. Ü.)

2. W r benutzen den Begr ff „vorherrschender Affekt“ n cht, um zu sagen, dass das der e nz g w rksame reakt ve Affekt st. Der neue vorherr schende Affekt kann zu anderen Affekten n e ner dynam schen Bez ehung stehen: e ne Ca Center Agent n st ge angwe t und m serabe bezah t, aber durch hre Angst verharrt s e n d eser S tuat on und d e Angst verh ndert a te Strateg en, w e gewerkschaft che Organ s erung, Sabotage und Ausste gen.

3. Unsere D skuss on st n cht vo ständ g auf den G oba en Süden übertragbar. Im Süden f nden w r d e spez f sche S tuat on vor, dass d e dom n erenden kap ta st schen Gese schaftsformen m t früheren Phasen des Kap ta smus oder vor kap ta st schen Systemen koex st eren, statt s e komp ett zu ersetzen. Kämpfe gegen E end und Langewe e s nd deswegen m Süden w rkungs vo er. Der Süden durch ebte mann gfa t ge Er sche nungswe sen der Prekar tät, d e s ch von früheren Ze ten untersch eden: d e erzwungene Abkoppe ung ganzer We treg onen vom g oba en Kap ta smus (besonders n Afr ka) und das dam t e nhergehende, gewa t ge Wachstum des nforme en Sektors, we cher jetzt den forme en Sektor fast übera n den Schatten ste t. Der nforme e Sektor bere tet autonomen Po t ken fruchtbaren Boden, was s ch an Be sp e en w e E A to (e ner se bstorgan s erten Stadt aus nfor me en S ed ungen, d e für d e soz a en Bewe gungen n Bo v en von großer Bedeutung st), dem Aufstand der Zapat stas (der zu autono men, nd genen Geme nschaften n Ch apas führte) und Abah a baseMjondo o (e ner auto nomen Bewegung der Bewohner_ nnen nfor me er S ed ungen n Südafr ka) ze gen ässt. Es könnte durchaus von ko ekt v erter Prekar tät gesprochen werden, we der Staat zum Be sp e d e nforme en S ed ungen abre ßen assen, d e Straßenhänd er_ nnen ente gnen oder gegen ge setzw dr ge Akt v täten hart durchgre fen kann – und das auch rege mäß g tut. Beze chnender we se wurde der Aufstand n S d Bouz d durch d e Se bstverbrennung e nes Straßenhänd ers ausge öst, der staat cher Ente gnung ausgesetzt worden war. Der Aufstand we tete s ch später zum Arab schen Früh ng aus. D eser Sektor w rd gewöhn ch von h erarch sch organ s erten Gangs oder F üge n autor tärer Parte en (w e den Mus mbrüdern) kontro ert.

4. Abbau oder Ver ust soz a er Kontakte (Anm. d. Ü.)

5. A s Secur t zat on w rd n den Soz a w ssen schaften e n Prozess beze chnet, m t dem etwas m Rahmen e nes soz a en Deutungsprozesses a s s cherhe tsre evant gekennze chnet – a so „vers cherhe t cht“ – w rd. Insbesondere d e Po t k, aber auch andere d skursmächt ge Ak teure vo z ehen den (Sprech)Akt der Vers cherhe t chung, ndem s e etwas gegenüber e nem Pub kum a s bedroht oder bedroh ch dent f z eren und es so überhaupt erst s cher he tsre evant machen.(Anm. d. Ü.)

6. Insurrekt ona smus oder Aufständ scher An arch smus st e ne anarch st sche Strömung, d e den Gedanken der Rebe on n den Vordergrund ste t. (Anm. d. Ü.)

7. Im Sem o Kap ta smus, a so Kap ta smus der Ze chen, n mmt d e Produkt on und der Tau schwert von abstrakten Ze chen d e Ro e der Herrschaft n der gesamten Vermehrung des Ka p ta s e n und es werden vorw egend mmate r e e Güter (etwa W ssen) produz ert. (Anm. d. Ü.)



anti-atom

Na Endlich: Staatlich anerkanntes Problem: Urantransporte durch Hamburg

Die Welt und das Abendblatt hatten es in den Kommentaren, über die Vernetzungslisten ging ein Raunen: Der neue Hamburger Senat will die Urantransporte durch den Hamburger Hafen verbieten. Kann das sein? Darf das sein? Stimmen nun alle linksradikalen Beschimpfungen der Grünen nicht mehr?
Nach Tagen ungewissen Wartens löst sich die Spannung langsam wieder. Keine Angst, die Grünen bleiben sich treu: Atomausstieg lieber nie als gar nicht, war ja schon die Devise der ersten rot-grünen Bundesregierung. Will heißen: einen Bestandsschutz von 32 Jahren Laufzeit als Atomausstieg zu verkaufen. Auf die Hamburger Verhältnisse 2015 runtergebrochen heißt das Folgendes: „Der Transport und der Umschlag von radioaktiven Stoffen aus Zwecken oder für Zwecke als Kernbrennstoff ist bundesrechtlich abschließend geregelt und kann deshalb von Senat oder Bürgerschaft nicht einseitig beschränkt werden.“ (Auszug aus dem Koalitionsvertrag) Mit diesen schlichten Worten und dem Verweis auf Bundesrecht erteilt der neue Hamburger Senat allen Andersgläubigen in der SPD mit, dass der Bremer Weg einer landesrechtlichen „Entwidmung des Hafens für Kernbrennstoffe“ ein verachtenswerter Irrglaube ist der keinesfalls in der Freie und Hansestadt Hamburg gelten darf. Das Selbe hatte der SPD Senat schon vor zwei Jahren in einer Anhörung, nach dem Brand auf dem Uranfrachter Atlantic Cartier als reine Lehre ausgegeben und schreibt dies nun noch einmal im Koalitionsvertrag fest. Soweit zur SPD, und jetzt die Grünen: „Die neue Regierung wird allerdings bei relevanten Unternehmen darauf hinwirken, im Wege der Selbstbeschränkung auf den Umschlag und seeseitigen Transport derartiger Stoffe im und durch den Hamburger Hafen zu verzichten.“
(Auszug aus dem Koalitionsvertrag)

Sehr schön: Die Grünen werden also mal mit der HHLA und Hapag Lloyd darüber reden, ob sie nicht vielleicht aus freien Stücken Lust haben auf Atomtransporte zu verzichten. Der Ausgang der Gespräche ist dabei eigentlich schon klar: „Nee, wir haben keine Lust dazu, auf Urantransporte zu verzichten, aber auch das haben wir schon vor zwei Jahren gesagt, als die nervigen Grünen das schon mal (nach dem Brand auf der Atlantic Cartier) angefragt hatten.“
Schade auch, denkt sich die Aktivist_innen-Seele, alle bisherigen Analysen zur Grünen Partei stimmen also doch.

Atomausstieg bleibt Handarbeit

Doch halt, mit der Aufnahme von Urantransporten in den Koalitionsvertrag haben der Protest und die Aktionen des „Hamburger Kampagne gegen Atomtransporte“ zumindest erreicht, dass die Urantransporte durch den Hamburger Hafen als staatlich anerkanntes Problem behandelt werden. Bei einem Herrschaftsregime, das vor allem darauf beruht, á la „Ruhe im Karton“ Probleme unter dem Deckel zu halten, ist das fast mehr als zu erwarten war – mit einem Ende der Urantransporte hat das jedoch nur sehr mittelbar zu tun.
Wichtig ist festzuhalten, dass die SPD mit Urantransporten an sich überhaupt keine Probleme hat. Sie hat lediglich Probleme damit Probleme zu haben, denn schließlich zeichnet den SPD Senat wie gesagt vor allem aus, geräuschlos zu regieren und Probleme „abzuarbeiten“. Für alle, denen das Ende der Atomtransporte in Hamburg (und anderswo) ein Anliegen ist, gilt es also nicht, den Hamburger Senat inhaltlich vom Übel dieser Transporte zu überzeugen, sondern vielmehr, dem Hamburger Senat ein Problem zu bereiten.
Dazu sind besonders die schienengebundenen Transporte von Uranerz zur französischen Atomanlage Malvesie (http://www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de/wer-ist-an-den-transporten-beteiligt/uranfabrik-narbonne-malvesi/) geeignet, die, wie zuletzt am 09.04. vom Hamburger Süd-West Terminal einmal quer durch die Bundesrepublik über Bremen, Osnabrück, Münster, Köln und Trier fahren und von dort durch die Aktivist-innen des Réseau "Sortir du nucléaire" bis nach Narbone „übernommen“ werden.
Eine neue Homepage, die sehr aktuell ist, hilft übrigens dabei sich zu überlegen, was mensch wohl gegen diese Transporte machen könnte: http://www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de/.
In diesem Sinne wünschen wir allen, die etwas gegen Urantransporte haben:
Eine Gute Nacht!

Normalbetrieb

17.02.15 Thiange
In den Reaktordruckbehältern der beiden belgischen Atomkraftwerke Doel 3 und Tihange 2 gibt es deutlich mehr Risse, als bisher bekannt war. Eine neue Analyse habe ergeben, dass sich in den stählernen Behältern, die das Herzstück eines Atomreaktors bilden, nicht 10.000, sondern mehr als 16.000 feine Risse befinden, gab der Chef der staatlichen Atomaufsicht FANC, Jan Bens, am Freitag bekannt. TAZ

07.04.15 British Columbia
Vier Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima haben Forscher erstmals vor der Küste Nordamerikas radioaktive Spuren des Atomunfalls nachgewiesen. In zwei Proben, die im Februar im Pazifik vor der kanadischen Provinz British Columbia genommen wurden, ist erstmals Cäsium 134 entdeckt worden. Der Spiegel

Aktion

Kampagne Blackout G 7

Am 11. Mai findet das Energieministertreffen der G7 in Hamburg statt.
Das Energieministertreffen findet im Vorfeld des Treffens der Staats-und Regierungschefs auf Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen im Juni statt. Die Energieminister von sieben führenden Wirtschaftsnationen (Deutschland, USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien) sollen die Lieferung von Bodenschätzen wie Uran, Kohle, Erdöl oder Erdgas sicherstellen und Einflussspähren absprechen. http://blackoutg7.blogsport.de/

Alternative Hafenkonferenz

Geschäfte ohne Rücksicht auf Verluste?
30./31. Mai in Hamburg
Das Eine Welt Netzwerk Hamburg, Mitgliedsgruppen und Partnerorganisationen laden für den 30. und 31. Mai zur alternativen Hafenkonferenz "Geschäfte ohne Rüksicht auf Verluste?" ein. Mit Diskussionen, Vorträgen, einer Ausstellung, Filmen, einer Fahrradtour und einer Hafenrundfahrt nimmt sie verschiedene Aspekte rund um den Hafen in den Blick. Wir laden alle herzlich ein, die sich informieren, austauschen und vernetzen wollen!

Sa 30. Mai, 9.45 bis ca. 20.30 Uhr, SOAL e.V., Große Bergstraße 154
Ende Gelände! Kohlebagger stoppen – Klima schützen!
Klimaschutz bleibt Handarbeit:
Dass wir gemeinsam, entschlossen und massenhaft viel erreichen können zeigen die zahlreichen Erfolge der letzten Jahre: Ob Atomausstieg oder die Verhinderung von 15 neuen Kohlekraftwerken. Jetzt setzten wir den Kohleausstieg durch.

Kommt am 14.-16. August ins Rheinland und sagt mit uns zusammen:
ENDE GELÄNDE -
Kohlebagger stoppen, Klima schützen!
Kontakt zur Kampagne
ende-gelände.org/
ende-gelaende@riseup.net

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

03.03. Glasbruch und Farbattacke auf Kik-Filiale
Am 03.03.2015 wurde die Kik-Filiale in Hamburg-Öjendorf Ziel unserer Aktionen. - Wir beziehen uns auf den Vorschlag der autonomen Gruppen für globale Solidarität, die im Juli 2014 Kik-Märkte in Berlin beschädigt haben. Sie regten an, im Vorfeld der EZB-Eröffnung in Frankfurt die Kämpfe der Textilarbeiter_innen aus Asien in die europäischen Städte zu tragen und die beteiligten Firmen hier direkt und militant anzugehen.
Kik ist einer der großen Gewinner im internationalen Textilgeschäft und zeichnet sich durch menschenverachtende Arbeitsbedingungen und die Verweigerung von "Entschädigungszahlungen" an die Überlebenden der Fabrikbrände und -einstürze aus. Kik hat in den drei Fabriken, die in den letzten drei Jahren durch tödliche Katastrophen traurige Berühmtheit erlangt haben, produzieren lassen;
"Ali Enterprises" in Pakistan, wo im September 2012 250 Menschen durch ein Feuer starben; im November 2012 verbrannten über 100 Arbeiter_innen in dem Gebäude von "Tazreen fashions" in Bangladesh und im April 2013 kamen über 1100 Menschen beim Einsturz des Rana-Plaza-Komplexes in Dhaka ums Leben, 2500 werden zum Teil schwer verletzt.
Im "Fall Ali Enterprises" verzögerte Kik über lange Zeit die Verhandlungen mit den klagenden Überlebenden. Für den Brand bei Tazreen fashions wies Kik mit Verweis auf Verträge mit Subunternehmen jede Verantwortung zurück. Laut Human Rights Watch erhielten die Angehörigen jeweils ca. 1000€.
Für den Rana-Plaza-Fonds, welcher mindestens 40 Millionen Dollar benötigte, war Kik erstmal nur bereit 1 Million zu zahlen.

Kik arbeitet mit über 100 Lieferanten in Bangladesh zusamen und hat in seinen 3000 Filialen in der BRD 2012/2013 einen Umsatz von 1,57 Milliarden Euro erzielt.
Die Bilder der Katastrophen gingen um die Welt, aber die intolerablen Zustände in den Textilfabriken des globalen Südens dauern an. Im Rahmen der Fußball WM 2014 wurden T-Shirts der Nationalmannschaften im Wert von 1 Milliarde Euro in Bangladesh genäht.
Im Herbst 2014 gab es bei einer Überprüfung von mehr als 1000 Unternehmen in Bangladesh in jeder (!) Firma Beanstandungen, 80.000 Sicherheitsmängel wurden festgestellt.
In Deutschland verweigerten die großen Textilketten die Unterschrift unter einen Aktionsplan des vom Bundesentwicklungshilfeministeriums initiierten "Bündnis für nachhaltige Textilien". Mit großem medialem Theater vorgestellt, veränderte sich für die Arbeiter_innen nichts wirklich. Beim G7-Gipfel im Sommer will Minister Müller die Bedingungen zum Thema machen - das sollten wir auch tun.
Am 18.03.2015 wird die neue europäische Zentralbank in Frankfurt/M. offiziell eröffnet. 2013 gab es während der Blokkupy-Aktivitäten Aktionen vor und in den Kaufhäusern der Textilketten. Eine Wiederholung wäre schön und wir sehen uns bei den Blockaden und Barrikaden.

Es geht immer ums Ganze, Destroika!

Vor der Einsturzstelle der Rana-Plaza-Textilfabrik haben Angehörige ein Denkmal errichtet, dort ist zu lesen:
Ruhet in Frieden, unsere Erinnerungen bergen Millionen Tränen. Wir werden nicht vergessen.

20.03. Angriff auf Uni Gebäude wegen Grünem Polizeikongress
In der Nacht des 20.03 haben Unbekannte den Eingang eines Gebäudes der Uni-Hamburg zerstört.
Neben die kaputter Scheiben wurde "ob grün ob blau", "FCK CPS" und ein Anarchie-A gesprüht und begrüßt jetzt alle, die das Gebäude betreten wollen.
Dieser Angriff wird in Zusammenhang mit den "Grüner/Alternativer Polizeikongress" stehen, der am nächsten Morgen in dem Gebäude stattfand. Bei diesem wollen Bullen, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen den Repressionsapparat recyceln und sowie die unterdrückerische Normalität funktionsfähiger machen.
Das scheint nicht allen zu gefallen...

Aktion gegen die Hamburger Olympiabewerbung
In der Nacht vom 12. auf den 13.4. 2015 haben wir die Fassade der Businessclubvilla an der Elbchaussee großflächig mit Farbe verunstaltet.
Eine Fensterscheibe wurde eingeschlagenund Flyer mit folgenden Parolen hinterlassen: „Hörmann verpiss dich" und „Feuer und Flamme für Hamburg".
Am Abend des 13.4. fand die vierundzwanzigste Soirée im Businessclub statt, welche die Olympiabewerbung Hamburgs zum Thema hatte. Eingeladen waren 170 ausgesuchte Gäste, wie der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes Alfons Hörmann und Bjürgermeister Scholz.
Partner der Veranstaltung waren Hapag-Lloyd Kreuzfahrtenund die MSEuropa2, eines der luxoriösesten Kreuzfahrtschiffe der Welt. Die Kreuzfahrtschiffbranche, Tourismusunternehmen und Hamburgs Konzerne wittern das große Geschäft mit Olympia. Fast alle großen Firmen und Banken flaggen für Olympia, alle öffentlichen Unternehmen machen Werbung für 2024 der Hamburger Senat hat die Bewerbung zum zentralen Vorhaben der kommenden S Jahre bestimmt. Die Hansestadt soll endlich raus aus der 2ten Reihe und die Marke Hamburg weltweit bekannt und zu Geld gemacht werden.
Noch ist Zeit, die wahnwitzigen Pläne frühzeitig zu beenden und die nächsten Monate bis zur Abstimmung nachhaltigen Widerstand und breiten Protest zu organisieren.

Feuer und Flamme für Hamburg! Hamburg kann nur verlieren!

20.04. Von Poll - 50 000 Euro sind nicht genug!
Wir haben in der Nacht 20.-21. April drei Hamburger Filialen der Immobilienfirma "von Poll" Besuche abgestattet und Farbe, Buttersäure und Steine gegen die Luxus-Makler eingesetzt:

* Lehmweg 36 * Wellingsbüttler Weg 32 * Elbchaussee 8

Im Vorfeld der EZB Einweihungsfeierlichkeiten wurde laut einer Angriffserklärung im Netz am 17. März der "Sitz der von Poll-Immobiliengesellschaft verwüstet und das großzügige Makler-

:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

büro für längere Zeit unbrauchbar gemacht". Dort heißt es weiter: "Als Exklusivpartner von Christie's International Real Estate, der Maklersparte des renommierten Auktionshauses hat sich von Poll auf das lukrative Geschäft mit Luxus-Immobilien in bevorzugten Wohn- und Geschäftslagen konzentriert."

In Hamburg zeugt bereits die Lage der Filialen vom feinen Klintel: An der feisten Elbchaussee, im mondänen Wellingbüttel und im gentrifizierten Vorzeigeviertel Eimsbüttel. Dass von Poll sich mit mal eben 50 000 Euro Hinweise auf die Angreifer*innen erkaufen will, zeugt ebenfalls von einem florierenden Geschäft. Auf wessen Kosten das geht, liegt auf der Hand: auf Kosten jener, die sich steigende Wohnungsmieten nicht mehr leisten können, die ausziehen müssen oder zwangsgeräumt werden, auf Kosten jener, die letzenendes obdachlos werden ...
Damit ist von Poll für uns ein berechtigtes Angriffsziel im Kampf gegen Vertreibung, Gentrifikation und Zwangsräumungen. Wir schließen uns damit auch dem Aufruf an, "die Aufwertungs- und Verdrängungspolitik in Europas Metropolen offensiv anzugreifen".
Freilassung des während der EZB-Proteste inhaftierten italienischen Genossen! Für mehr Landfriedensbruch! Reclaim the cities!
noch-eine-Bande

01.05. – 02.05 Mai Festspiele
Sowohl an der Feldstraße als auch in Altona kommt es zu Auseinandersetzungen mit den Cops. Die Demo in der Feldstraße wird unter massiver Bullengewalt aufgelöst, der Zug aus Altona endet an der Reeperbahn. Im Anschluss kommt es zu Barrikadenbau und Glassbruch, ein Motorratbulle muss laufen gehen. Auch am folgenden Abend kommt es zu Krawallen im Schanzenviertel.



Flora Termine Mai/Juni

Mo 04.05. 20.30 Uhr
Konzert
Discomfort

Do 07.05. 20 Uhr
Jetzt wird es ernst! - Flora Sommerbaustelle 2015
VV über den aktuellen Stand der Kampagne und die nächsten Schritte.

Sa 09.05. 23 Uhr
Antira Solirave
Ratkat (Pudel), Fritz Holzhauer & Arthur Andersen (ill & AYCD), Spoul (PunktPunkt/Like Birdz), Nonaps (sowohl als auch.), Tingeltuten (ill), Andi Valent (Freude am Sitzen/Moloch), Monamour (Defleu aka Elbowmo), Uwe-Erwin & Olf (Antifa HH), All Ingo (Like Birdz), Henry Trash (ill).
Soli für die AntiRa Horst AG und Refugee support Harvestehude.

So 10.05. 18 Uhr
Konzert
Appraise + Schwach

Di 12.05. 20.30 Uhr
Konzert
No Omega + Wind und Farben

Fr 15.05. 21 Uhr
Konzert
Refpolk + DJ KaiKani + Daisy Chain

Mo 18.05. 19 Uhr
Infoveranstaltung
Artikulation der Rasse und Klasse am Beispiel der Figur des "armen muslimischen Migranten"
In der Reihe "Voll Klasse!? Veranstaltungsreihe zu Klassismus"

Fr 22.05. 23 Uhr
Soli für die Sommerbaustelle Rote Flora
Deep In The Woods
1st Floor (Dark 80s/Wave/Post-Punk): Krater & Minibar Moralia.
2nd Floor (Industrial/EBM/Noise): DJ Longsday & Wosto.

Sa 23.05. 21 Uhr
Konzert
Oaken + Henry Fonda

Mo 25.05. 20.30 Uhr
Konzert
Uhl + Merdam Boten + Gonger-Om

Fr 29.05. 21 Uhr
Konzert
Freiburg + Sømerset

So 07.06. 18 Uhr
Konzert
ИO///sé + Kenny Kenny Oh Oh

Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr, kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!